

BUNDESFORUM
FAMILIE



Platz für Familie

Familie, Wohnen und
kommunale Infrastruktur

Vorwort

„Erst bauen Menschen Häuser, dann bauen Häuser Menschen.“ Mit diesem Zitat von Albert Schweitzer eröffnete die damalige Bundesfamilienministerin in einem Vorwort ein Gutachten des wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen zu „Familie und Wohnen“ aus dem Jahr 1976. Seitdem hat sich in Deutschland viel gewandelt – sowohl hinsichtlich Familien als auch hinsichtlich Wohnen. Und doch enthält das 45 Jahre alte Gutachten viele Befunde und Ideen, die auch aus dem Jahre 2021 stammen könnten bzw. sich heute sogar noch dringlicher zeigen: sei es die herausragende Rolle von Wohnbedingungen und Wohnumfeld für die Sozialisationsleistungen von Familien oder die Notwendigkeit der Entwicklung von familiengerechtem Wohnraum, der sich in quantitativen und qualitativen Wohnstandards sowie der Gestaltung der Wohnumwelt niederschlägt. Auch gibt es nach wie vor und zunehmend Familien, die auf dem Wohnungsmarkt vor besonderen Herausforderungen stehen, seien es Einelternfamilien, Mehrkindfamilien oder Familien mit behinderten Kindern. Insgesamt wird klar: Auch nach 30 Jahren muss Familie eine viel zentralere Rolle in der Wohnungspolitik einnehmen. Denn Wohnen ist mehr als der Ort, an dem wir essen und schlafen. Wie und wo Familien wohnen, beeinflusst fast alle Aspekte ihres Lebens. In Zeiten immer knapper werdenden Wohnraums stehen gerade Familien oft vor existenziellen Krisen.

In dem zweijährigen, intensiven Diskussionsprozess im Bundesforum Familie zum Themenschwerpunkt „Familie, Wohnen und kommunale Infrastruktur“ im Zeitraum 2020–2021 brachten die Mitgliedsorganisationen ihre ganz unterschiedlichen Perspektiven auf Wohnen und Familien ein. In einer Serie von Fachforen, die von Ad-Hoc-Arbeitsgruppen aus den Reihen der Mitglieder betreut wurden, wurden vielfältige Aspekte beleuchtet: von der zentralen Rolle, die kommunale Infrastruktur für Familien einnimmt, über die Angebots- und Nachfrageregulation von familiengerechtem Wohnraum, bis hin zum Potential, welches für Familien in gemeinschaftlichen Wohnformen liegt.

In dieser Publikation finden sich ausführliche Berichte zu den Diskussionen auf den Veranstaltungen sowie die zentralen Erkenntnisse, die von den jeweiligen Ad-Hoc-AGs im Nachgang erstellt wurden. Den Abschluss bildet ein gemeinsames Fazit einer aus den Ad-Hoc-AGs sowie dem Beirat formierten Redaktionsgruppe, welches die Zusammenhänge der Fachforen betrachtet und einen Ausblick gibt.

Als Beirat freuen wir uns über die rege Beteiligung in den Fachforen und das lebendige Gestalten der Diskussionen zu wichtigen Zukunftsfragen in Bezug auf Wohnen und kommunaler Infrastruktur für Familien. Ein besonderes Dankeschön geht an die Mitglieder der drei Ad-Hoc-AGs, die sich überaus konstruktiv und engagiert in die Konzeption, Vorbereitung und Nachbereitung der Fachforen eingebracht haben.

Wir wünschen uns, dass die spannenden und wichtigen Ergebnisse der Arbeitsphase durch diese Publikation in die breite Öffentlichkeit weitergetragen werden und Grundlage für zukünftige Verbesserungen der Wohnsituation von Familien sind.

Der Beirat des Bundesforums Familie 2018–2021





Inhalt

3 Vorwort

6 Einführung: Familie, Wohnen und kommunale Infrastruktur

**FACHFORUM 1:
Familien im Fokus kommunaler Infrastruktur**

8 Veranstaltungsbericht

12 Zentrale Erkenntnisse des Fachforums

**FACHFORUM 2:
Gutes Wohnen für Familien – eine Aufgabe für Staat und Zivilgesellschaft**

14 Veranstaltungsbericht

17 Zentrale Erkenntnisse des Fachforums

Online-Fachgespräch: Wohnungslosigkeit von Familien im europäischen Vergleich

19 Veranstaltungsbericht

**FACHFORUM 3:
Gemeinschaftliches Wohnen für Familien – Zukunft des Zusammenlebens?**

21 Veranstaltungsbericht

24 Zentrale Erkenntnisse des Fachforums

27 Fazit: Quantität, Qualität, Quartiere – Was Familien in puncto Wohnraum und Umgebung brauchen

29 Mitgliedsorganisationen des Bundesforums Familie

31 Impressum

Einführung: Familie, Wohnen und kommunale Infrastruktur

„Wohnst du noch oder lebst du schon?“ In unserer medialen Repräsentation wird meist nur die schöne, ästhetische Seite des Wohnens gezeigt – gemütliche Wohnungen, skandinavisches Design, aufgeräumte, großzügige Zimmer. Dies spiegelt die Realität des Wohnens allzu häufig jedoch nicht wider: steigende Miet- und Immobilienpreise, beengte Wohnverhältnisse, Verdrängung und Zwangsräumungen in den Ballungsgebieten, leere Kassen in den Kommunen, mangelhafte Infrastruktur sowie Leerstände in weniger attraktiven urbanen Räumen und ländlichen Gebieten. Diese Problemlagen betreffen Familien oft in besonderer Art und Weise.

Wohnen gehört zu den elementaren Bedürfnissen von Menschen. Diese Bedürfnisse unterliegen zudem einem steten Wandel, sowohl durch äußere Einflüsse als auch durch die unterschiedlichen Bedarfe im Lebensverlauf. Der Wohnraum ist für die meisten Menschen der Lebensmittelpunkt, dieser beeinflusst den Alltag von Familien, die Entfaltungsmöglichkeiten, die Sozialisationschancen von Kindern. Nicht nur der individuelle Wohnraum, sondern auch das unmittelbare Wohnumfeld im Sozialraum haben großen Einfluss auf die Lebensqualität und Teilhabechancen von Familien, sei es hinsichtlich der ärztlichen Versorgung, der vorhandenen Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, der Verkehrs- und Transportsituation vor Ort oder nicht zuletzt auch der Entstehungsmöglichkeiten sozialer Unterstützungsnetzwerke.

Um Betrachtung und Diskussion der spezifischen Bedarfslagen von Familien innerhalb des Wohnungsmarktes sowie des Wohnumfeldes wie auch entsprechende Handlungsansätze zu fördern, widmete sich das Bundesforum Familie im Zeitraum 2020/2021 dem Themenkomplex „Familie, Wohnen und kommunale Infrastruktur“ mit einer Serie von Fachforen. Am 02. März 2020 fand in Berlin die Einführungsveranstaltung dazu statt. Nach zwei Impulsvorträgen, die wichtige Grundsatzzfragen der Kommunalstrukturen sowie des Wohnungsmarktes für Familien skizzierten, wurden in Kleingruppen von den Teilnehmenden aus den Mitgliedsorganisationen des Bundesforums Familie die Schwerpunktthemen und Zielstellungen für die drei geplanten Fachforen identifiziert und ausgearbeitet.

Familien in der kommunalen Infrastruktur: Öffentliche Daseinsvorsorge und integrierte Planung

Im ersten Impulsvortrag beschrieb Uwe Lübking (Deutscher Städte- und Gemeindebund) die aktuelle Lage der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Kommunen. Er stellte fest, dass aus dem Sozialstaatsprinzip abgeleitet würde, dass alle Menschen ein Recht auf gleichwertige Lebensverhältnisse haben. Zugleich fragte er, was dies genau bedeute.

Lübking beschrieb als Beispiel, dass Kinder je nach Region sehr unterschiedliche Schulwege hätten, die Schule wäre teilweise bis zu einer Stunde entfernt. Ähnlich gebe es große Entfernungen zu anderen Einrichtungen der Nahversorgung, wie z.B. zu Kinderärzt*innen und Kindertageseinrichtungen – teilweise müssten Familien einen Weg von fast 20km in Kauf nehmen, um die nächstgelegene Kinderarztpraxis zu erreichen. Gegenüber der Stadt biete ein Leben in ländlichen Regionen jedoch andere Vorteile für Familien, Baugrund und Mieten beispielsweise seien deutlich günstiger als in Metropolregionen, sodass für Familien Wohnraum bezahlbarer sei.

Um die Probleme in der öffentlichen Daseinsvorsorge anzugehen, sprach sich Lübking dafür aus, von der bisherigen Fragmentierung der Fachämter weg zu kommen mit dem Ziel einer übergreifenden Zusammenarbeit. Ebenfalls forderte Lübking eine integrierte Quartiersplanung unter Beteiligung jeweils der Menschen, die vor Ort lebten. Dies sei zwar aufwendiger, jedoch deutlich nachhaltiger und bedarfsgerechter als eine Quartiersplanung ohne Partizipation. Lübking wies darauf hin, dass Prävention in den Jugendämtern zu stark vernachlässigt werde. Dies sei in den fehlenden Ressourcen begründet – eine Weiterentwicklung sei hier unabdingbar. Neben vielen Herausforderungen, die sich für die jeweiligen Städte, Kommunen und Regionen ergäben, verwies Lübking jedoch auch auf gut funktionierende Strukturen und Projekte. Vorzeigeprojekte gebe es vor allem in kleineren und mittelgroßen Städten, die in die Breite getragen werden müssten. Ohne eine vorausschauende und kontinuierliche Planung könne eine leistungsfähige und bedarfsgerechte soziale Infrastruktur auf Dauer nicht gewährleistet werden, somit müssen Familien in ihrem Sozialraum beteiligt werden, um eine bedarfsgerechte Infrastruktur zu gewährleisten.

Die Rolle von Markt, Staat und Zivilgesellschaft in der Wohnraumversorgung von Familien

Dr. Christina Boll (Deutsches Jugendinstitut) ging in der zweiten Keynote insbesondere auf den Wohnungsimmobiliemarkt und die entsprechenden Instrumente der Politik

ein. Eine aktuelle Analyse des Wohnungsmarktes zeige, dass die Preise für das Wohnen stets anstiegen, was vor allem Geringverdiener*innen, Familien, Studierende und Rentner*innen stark belastete, dementsprechend würden teilweise gruppenspezifische Bedarfe wie die von kinderreichen Familien auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr gedeckt, bzw. nicht zu bezahlbaren Preisen. Die Neuvertragsmieten in den Großstädten stiegen gegenüber 2010 um ca. 40 Prozent. Die Bestandsmieten entwickelten sich hingegen seit 2009 analog zum Verbraucherpreisindex. Auch die Eigentumsquote sei in Haushalten mit einem höheren Einkommen größer, was zu einer weiteren Erhöhung der Vermögenskonzentration führe. Immobilienpreise stiegen gegenüber 2010 bundesweit bis 2018 um rund 60 Prozent, in den sieben Großstädten sogar um 110 Prozent.

Ebenso gebe es eine große Diskrepanz zwischen dem Nachfrageüberhang in Städten und zahlreichen Leerständen in ländlichen Räumen. Bestimmende Faktoren der Nachfrage seien zum einen die Einkommensentwicklung durch eine anhaltend gute Arbeitsmarktlage über Jahre hinweg sowie der Trend zum Alleinleben. Vor allem bei jungen Menschen sei ein Trend der Urbanisierung sichtbar, sodass insbesondere in Städten mit mehr als 100.000 Einwohner*innen die Bevölkerungszahlen stiegen. Zudem mache die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank seit der globalen Finanzkrise den deutschen Immobilienmarkt für internationale Investor*innen attraktiv.

Das Angebot könne mit der Nachfrage nicht Schritt halten. Dies liege an brachliegendem Bauland, langwierigen Baugenehmigungsverfahren, langen Erstellungszeiträumen und dem stetigen Rückgang des sozialen Wohnungsbaus seit 1989. Darüber hinaus reagiere das Angebot stärker auf zahlungskräftigere Kundensegmente. Gentrifizierung, also die Entwicklung von „Szeneviarteln“ in Großstädten, führe beispielsweise zum Anstieg des Mietspiegels, Zuzug höherer Einkommensgruppen und Verdrängung einkommensschwacher langansässiger Bewohner*innen, auch von Familien. Die Armutsrisikoquote von Mieter*innen ist seit den 1990er Jahren kontinuierlich gestiegen, bei Eigentümer*innen ist sie dagegen stabil geblieben.

Wohnungspolitische Maßnahmen auf der Angebotsseite wären dementsprechend die Erschließung von Bauland, die Verkehrsanbindung dezentraler Wohngebiete, staatlicher Wohnungsbau (angebotsseitige Subvention – Objektförderung) und die Senkung von Bürokratiekosten oder der Grundsteuer. Wohnungspolitische Maßnahmen auf der Nachfrageseite seien das Wohngeld, Baukindergeld und der Mietkauf.

Boll resümierte, dass es wichtig sei, dass der Staat in seiner Rolle das Angebot ausweitere, durch z.B. die Bereitstellung von Bauland, das Nutzen des Nachverdichtungspotenzial in Städten, den Ausbau einer effektiven Verkehrsanbindung dezentraler Wohngebiete sowie die Beschleunigung von Baufertigstellungen. Die sozialverträgliche Allokation sollte sichergestellt sein, z.B. durch die Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und das Beibehalten von Wohngeld. Zudem könne durch Instrumente wie Mietpreisbremsen und -deckelmaßvoll in den Preismechanismus eingegriffen werden. Die Zivilgesellschaft hätte in seinen unterschiedlichen Rollen ebenfalls Möglichkeiten den Wohnungsmarkt zu beeinflussen, z.B. durch eine verstärkte Weiterentwicklung gemeinschaftlicher Wohnformen, die Betonung familienspezifischer Bedarfe im wohnungspolitischen Diskurs sowie die Diskussion über den individuellen Wohnflächenbedarf Einzelner, die auch im Sinne der Nachhaltigkeit zu führen sei.

Die Bearbeitung im Bundesforum Familie

Diese Veranstaltungen fanden im Laufe der Jahre 2020 und 2021 statt, jeweils mit Vor- und Nachbereitung durch Ad-Hoc-AGs aus den Reihen der Mitgliedsorganisationen:

- 02. März 2020, Stadtmission Berlin: Einführung und Bestandsaufnahme „Familie, Wohnen und Kommunale Infrastruktur“ beim Netzwerktreffen 2020
- 14. September 2020, REFUGIO Berlin: **Fachforum „Familien im Fokus kommunaler Infrastruktur: Beteiligung, Bedarfe und Angebote“**
- 03. Dezember 2020, online: Zusatz-Fachgespräch **„Wohnungslosigkeit von Familien im europäischen Vergleich“** mit Expert*innen aus Deutschland, Finnland und Irland
- 18. März 2021, online: **Fachforum „Gutes Wohnen für Familien: Eine Aufgabe für Staat und Zivilgesellschaft“**
- 11. Mai 2021, online: **Fachforum „Gemeinschaftliches Wohnen für Familien – Zukunft des Zusammenlebens?“**
- 22. November 2021, Stadtmission Berlin: Abschlussdiskussion „Was sind die drängendsten Zukunftsfragen in Bezug auf Familie und Wohnen?“ beim Netzwerktreffen 2021

In den folgenden Kapiteln finden sich die Veranstaltungsberichte der Fachforen sowie die dazugehörigen zentralen Erkenntnisse der jeweils beteiligten Ad-Hoc-AGs.



Veranstaltungsbericht **FACHFORUM 1**

„Familien im Fokus kommunaler Infrastruktur: Beteiligung, Bedarfe und Angebote“ | 14. September 2020



Knapp 40 Teilnehmende aus den Mitgliedsorganisationen des Bundesforums Familie kamen am 14. September 2020 im Refugio Berlin zum ersten Fachforum der Themenperiode „Familie, Wohnen und kommunale Infrastruktur“ zusammen.

Das grundlegende Ziel des Fachforums war es, folgende Fragestellungen zu erörtern:

1. Welche Bedarfe haben Familien innerhalb einer kommunalen Infrastruktur?
2. Welche Strukturen braucht es vor Ort, um diese Bedarfe erfolgreich umzusetzen?

Nach Praxisimpulsen aus Emden, Berlin-Lichtenberg und dem Kyffhäuserkreis diskutierten die Teilnehmenden in drei Workshops zu Familienbüros, Beteiligung von Familien und integrierter Kommunalentwicklung.

Einführung „Gemeinsam Denken, übergreifend Handeln – Integrierte Kommunalentwicklung“

Zu Beginn des Fachforums führte Markus Kissling, Vorsitzender der BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit, in das Konzept der integrierten Kommunalentwicklung ein.

Kissling betonte, dass Kommunen stets extern bedingten Veränderungen unterworfen seien (durch z.B. Megatrends wie Urbanisierung, Globalisierung, Konnektivität), sodass auch Verwaltungen agiler und flexibler werden müssten, um der sich schneller verändernden Umwelt sowie den entsprechenden Anforderungen der Bevölkerung gerecht zu werden.

Um diesen neuen Anforderungen besser entsprechen zu können, sei das Konzept der integrierten Kommunalentwicklung gut geeignet. Zentraler Bestandteil dieser sei, dass bereichsübergreifend gedacht und gehandelt wird. Dies stünde vor dem Hintergrund der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt, die 2007 von 27 für Stadtentwicklung zuständigen Minister*innen verabschiedet wurde. Ein integriertes Handlungskonzept, in dem die Bedürfnisse der Bürger*innen zentral stehen und ressortübergreifend an der Entwicklung von Lösungen gearbeitet wird, könne eine Antwort auf sich immer schneller verändernde Strukturen sein. In der Umsetzung vor Ort, in Stadtteilen, Dörfern und Quartieren wäre die Gemeinwesenarbeit das praktische Handlungskonzept, um die Bewohner*innen in diese Prozesse einzubeziehen und zu aktivieren.

Praxisimpulse

Drei Vortragende aus unterschiedlichen Regionen gaben im Anschluss einen Einblick in ihre Arbeit mit Familien vor Ort. Dabei wurde deutlich, dass die Kommunen teils vor ähnlichen, aber teils auch vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen stehen, oft bedingt durch ihre unterschiedlichen räumlichen Lagen sowie Größen. Egon Philipps aus der Stadt Emden in Niedersachsen, Frank Roll aus dem Bezirk Lichtenberg in Berlin und Elke Schnabel aus dem Kyffhäuserkreis in Thüringen präsentierten jeweils die Ansätze aus ihren Kommunen, mit denen Familien eingebunden und eine möglichst familiengerechte Infrastruktur vor Ort etabliert werde.

Stadt Emden

Egon Philipps, Leiter des Fachdienstes Gemeinwesen der Stadt Emden, stellte die Etablierung und Institutionalisierung von Gemeinwesenarbeit auf der kommunalen Ebene in Emden sowie deren Anwendung auf Angebote für Familien in das Zentrum seiner Ausführungen. Emden ist eine kreisfreie Stadt im Nordwesten von Niedersachsen und die größte Stadt Ostfrieslands. Mit knapp 50.000 Einwohner*innen gehört sie zu den Mittelstädten Deutschlands.

2019 hat die Stadt Emden den Fachdienst „Gemeinwesen“ eingeführt, der die soziale Situation in den Stadtteilen stärken und begleiten soll. Die Arbeit des Fachdienstes orientiere sich an den Bedürfnissen der Bewohnerschaft – sie aktiviere die Bürger*innen, vernetze sie und entwickle Kooperationen in den Stadtteilen bzw. Quartieren. Letztlich gehe es darum die Lebensqualität der Bewohner*innen in den Quartieren zu verbessern, indem alle Aktivitäten auf deren Bedarfe abgestimmt würden. Die Mitarbeitenden des Fachdienstes seien das Bindeglied zwischen den Interessen und Aktivitäten der Bewohner*innen und den Ressourcen der Stadt, sie förderten und gestalteten Aushandlungsprozesse zwischen Entscheidungsträger*innen und Bürger*innen.

Thomas Sprenghelmeyer, Leiter des Fachbereichs Jugend, Schule, Sport der Stadt Emden, erläuterte in einer kurzen Videobotschaft, wie Familien in ihrem Sozialraum von einer integrierten Kommunalentwicklung profitierten: Im Zentrum stehe stets der Mensch mit seinen Bedürfnissen und Bedarfen. Diese würden vor allem im Quartier sichtbar, wo Menschen in ihrem Sozialraum lebten. Bedarfsgerechte Ergebnisse würden jedoch nicht allein dadurch erzielt, die Datenlage zu analysieren, sondern indem die Menschen vor Ort nach ihrer Meinung gefragt würden. Er betonte, dass Familien nach wie vor eine zentrale Rolle in Kommunen einnehmen würden. Die Aufgabe der Verwaltung sei es zu untersuchen, welche Lebensbedingungen es gebe und was Familien in ihren Sozialräumen bräuchten – und zwar vom Säugling bis ins höhere Alter. Was könne die Kommune beitragen, diese Sozialräume für Familien förderlich zu gestalten? Gemeinsam mit den Familien und Akteur*innen vor Ort müsse die Kommune überlegen, wie Schulen, Kindertageseinrichtungen, etc. unterstützt werden könnten und welche Angebote im Stadtteil notwendig seien.

Bezirk Lichtenberg von Berlin

Im Anschluss stellte Frank Roll, Mitarbeiter des Jugendamtes Lichtenberg, die Angebote für Familien in seinem Bezirk vor. Lichtenberg ist der elfte Verwaltungsbezirk von Berlin und hat ca. 295.000 Einwohner*innen, seit der Bezirksfusion zwischen Hohenschönhausen und Lichtenberg 2001 stetig steigend. Lichtenberg vereint 13 Stadtteile, die zum Bezirk zählen.

Kern der Lichtenberger Familienangebote nach § 16 SGB VIII seien die 18 Familienzentren und -treffs. Sie hielten ein Mix aus offenen Angeboten, Kursen und Einzelberatungen vor, wie z.B. Krabbelgruppen, Nähkurse, Feste aller Art bis hin zu konkreten Hilfestellungen in belastenden Lebenslagen. Ergänzt würden die Familienzentren/-treffs um Projekte mit spezifischen Themenstellungen wie z.B. die aufsuchende Elternhilfe, die aufsuchende vietnamesische Familienberatung, Familienhebammen, Schreibbabyambulanz, qualifizierte Elternarbeit an Schulen u.v.m.

Lichtenberg bestehe aus 32 Sozialräumen, in denen die Angebote für Familien ausgewogen verteilt und Mittel vergeben werden sollen. Kennzeichnend für den Bezirk sei die intensive Vernetzung der Projekte über die Familienförderung hinaus mit Angeboten der Jugendförderung, der Kultur, der Stadtteilarbeit und der Gesundheitsangebote. Dazu würden Netzwerke für Familienförderung und Frühe Hilfen finanziell gefördert.

Seit 2017 gebe es in Lichtenberg, angegliedert an das Jugendamt, ein Familienbüro. Seine wesentlichen Aufgaben bestünden aus der Auskunfts-, Lotsen-, und Beratungsfunktionen für unterschiedliche familienbezogene Leistungen und Angebote im Bezirk. Das Bezirksamt kooperiere hierfür mit einem freien Träger, der pad gGmbH. Die Leistungen würden somit von zwei Verwaltungskräften und zwei Sozialarbeiter*innen erbracht. Seit Eröffnung des Familienbüros würden die Beratungsgespräche pro Monat stetig zunehmen. Vor der Corona-Pandemie hätten 1.100 Menschen monatlich das Familienbüro aufgesucht. Als Weiterentwicklung des Angebots seien nun dezentrale Anlaufstellen des Familienbüros in Zusammenarbeit mit etablierten Familieneinrichtungen in den Quartieren geplant.

Zudem betonte Roll, dass in Lichtenberg überproportional viele Alleinerziehende wohnen würden. Hier sehe der Bezirk akuten Handlungsbedarf und baue seine Angebote bedarfsgerecht aus, z.B. durch flexible Kinderbetreuung und spezielle Programme, die den Neu- bzw. Wiedereinstieg in Arbeit unterstützten. Abschließend erläuterte er, dass das Bezirks-



amt Wirksamkeitsdialoge mit den freien Trägern durchführe, um die Bedarfe, die Angebote und die Zielgenauigkeit der Projekte zu evaluieren und ggf. Anpassungen vorzunehmen.

Kyffhäuserkreis

Abschließend präsentierte Elke Schnabel, Mitarbeiterin des Dezernats Soziales, Jugend, Gesundheit und Arbeit sowie Netzwerkkoordinatorin „Frühe Hilfen und Kinderschutz“ im Kyffhäuserkreis, die kommunalen Familienangebote ihres Landkreises im Norden von Thüringen. Die knapp 75.000 Einwohner*innen des Landkreises machen ca. 3,5 Prozent der Gesamtbevölkerung Thüringens aus. Geprägt durch große landwirtschaftliche Flächen kommen auf ein km² 72 Einwohner*innen. Die Bevölkerungsprognose bis 2035 sage eine stark schrumpfende Bevölkerungsgröße voraus. Derzeitig werde davon ausgegangen, dass im Jahr 2035 19,7 Prozent weniger Menschen als 2019 im Kyffhäuserkreis wohnen werden.

2014 habe der Kyffhäuserkreis im Rahmen des Audits „Familiengerechte Kommune“ folgenden Familienbegriff für sich definiert: „Der Kyffhäuserkreis versteht sich als familiengerechter Kreis für alle Generationen. Familie ist zentraler Ort, in dem Lebenschancen entstehen, ein emotionaler Schutzraum gegeben ist und Bindungsfähigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten entstehen. Familie existiert in verschiedenen Formen und Lebensmodellen in unterschiedlichen Generationen. Familie kann ohne Kinder gelebt werden.“ Auf Grund der alternden Bevölkerung wurde dem Familienbegriff folgendes hinzugefügt: „Senior*innen sind alle Personen ab 60 Jahre. Hierbei wird der Blick insbesondere auf Personen mit besonderem Hilfebedarf und Personen die noch im Erwerbsleben stehen, gerichtet.“

Konkret bedeute dies, dass der Kyffhäuserkreis sich bemühe, auf Basis von Bevölkerungsbefragungen seine Angebote an die Bedürfnisse anzupassen und Akteur*innen vor Ort zu vernetzen. Der Kreis strebe auch landkreisübergreifende Kooperationen an, da Bewohner*innen an den Rändern des Landkreises ihr Leben stärker dahin ausrichteten, wo Infrastrukturen vorhanden seien.

Schnabel stellte besondere Leuchtturmprojekte vor, wie z.B. den „Dorfkümmerer“, der die lokalen Akteur*innen untereinander vernetze und die Angebote für die Zielgruppe sichtbar mache. Die Thüringer Eltern-Kind-Zentren, Kinder-

tageseinrichtungen mit besonders ausgeprägter Familien- und Sozialraumorientierung, würden im Rahmen einer Landesstrategie durch den Freistaat Thüringen entwickelt, ausgebaut und gefördert. Sie arbeiteten mit einem integrierten Ansatz, um Familien bedarfsgerecht zu unterstützen und seien Leistungserbringer örtlicher Jugendhilfeplanung. Aufgrund der ländlichen Strukturen gebe auch es mobile Kinder- und Jugendarbeit, mobile Erziehungsberatung sowie einen Servicebus für Bürger*innen. Schulsozialarbeiter*innen seien an allen Schulen Teil des Kollegiums. Zudem seien kreisweit Informationsmaterialien, abgestimmt auf unterschiedliche Zielgruppen, z.B. Eltern mit Kindern und Senior*innen, entwickelt worden.

Drei parallel stattfindende Workshops

1. Integrierte Kommunalentwicklung

Eine Vertiefung in das Thema der integrierten Kommunalentwicklung fand im Workshop mit Markus Kissling, dem Vorsitzenden der BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit, statt. Die Teilnehmenden diskutierten vor allem, inwiefern das Konzept für die Mitgliedsorganisationen des Bundesforums Familie, als größtenteils familienpolitisch aktive Fachverbände, von Nutzen sein könnte. Kissling betonte die Bedeutung der bereichsübergreifenden Arbeit in Politik und Verwaltung und hob hervor, dass es als Grundlage dafür eine leitende Gesamtstrategie brauche. Diese Strategie solle in partizipatorischer Arbeit mit allen Akteur*innen, also auch den Bewohner*innen selbst, erarbeitet werden. Das Einbeziehen der Bewohner*innen, die damit als Expert*innen ihres Lebensumfeldes anerkannt und einbezogen werden, sei ein zentraler Baustein. Ebenso brauche es öffentliche Räume als Anlauf- und Begegnungsorte. Das Konzept der Gemeinwesenarbeit sei eine Methode, diese Punkte umzusetzen und zu moderieren.

Die Teilnehmenden des Workshops unterstützten den Gedanken einer bereichsübergreifenden Strategie. Diese müsse aus Sicht der Teilnehmenden die Familien in den Mittelpunkt stellen. Eine entsprechende Strategie könne idealerweise dafür führen, dass stadtplanerische Elemente besser aufeinander und besser auf Familien abgestimmt seien. Dies gelte sowohl für potentielle Bauvorhaben (Spielplätze) als auch für familienunterstützende Infrastrukturleistungen. Letzteres sei



auch deshalb sinnvoll, weil Familien oftmals Zeit durch zahlreiche Behördengänge verlören, jedoch nicht zuletzt Zeit ein wichtiger Faktor im Familienleben sei.

2. Familienbüros als Baustein kommunaler Familienpolitik – Typen, Aufgaben, Beispiele

Isabell Wieland, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Vereins „Familiengerechte Kommune“, stellte die unterschiedlichen Typen und Aufgaben von Familienbüros im zweiten Workshop vor. Deutlich wurde hierbei vor allem die Vielfalt der Schwerpunkte der vorgestellten Familienbüros.

Das gemeinsame Ziel von allen Familienbüros sei jeweils, Bürgernähe herzustellen, die Servicequalität für Familien zu erhöhen sowie Synergien sowohl zwischen Bürger*in und Angeboten als auch zwischen den Angeboten selbst herzustellen. Die Aufgaben der jeweiligen Familienbüros variierten innerhalb dieser Zielstellung je nach Schwerpunkt und reichten von der Bedarfsermittlung, Netzwerkarbeit und Öffentlichkeitsarbeit bis zu konkreten Beratungsangeboten von Familien.

Auch die Trägerschaften der Familienbüros kann sehr unterschiedlich ausfallen. Diese liege in der Praxis entweder bei der Kommune selbst oder bei sozialen Organisationen. Vorgestellt wurden im Workshop Familienbüros der Städte Bochum, Görlitz, Dortmund und Stolberg.

Festgehalten wurde, dass für Familienbüros vor allem die Befristung von Stellen eine große Herausforderung sei, da die Nachhaltigkeit der Arbeit nicht gesichert werden könne. Zudem gäbe es keine klaren Vorgaben für die Umsetzung vor Ort. Weiterhin wurden Interkulturalität sowie die Ansprache aller Familien als Herausforderungen genannt. Zusätzlich seien in diesem Jahr Corona und die damit verbundene Umstellung der Arbeit mit Familien auf digitale Formate als große Herausforderung hinzugekommen.

3. Familien vor Ort aktivieren und beteiligen

Britta Kreuzer von der LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V. diskutierte mit den Teilnehmenden des dritten Workshops, wie Familien vor Ort aktiviert und beteiligt werden könnten und welche positiven Auswirkungen dies auf die Kommune haben könne.

Sie erläuterte, dass Gemeinwesenarbeit eine Methodik sei, wie die Bedarfe der Bewohner*innen in die Planung integriert und Lösungen für Herausforderungen fachamtsübergreifend entwickelt werden könnten. Gemeinwesenarbeit stimmiere die Selbsthilfe der Bewohner*innen und entwickle ressourcenorientiert neue Angebote bzw. vernetze die Anbieter*innen von Angeboten. Sie sei aktivierend und frage nach anstatt davon auszugehen, dass Bürger*innen sich von selbst meldeten. Dies sei ein wichtiger Weg, um möglichst viele Bürger*innen zu erreichen.

Die Teilnehmenden des Workshops bestätigten diese Ansätze aus den Erfahrungen in ihrer persönlichen Arbeit. Auch wenn beispielsweise Kinder- und Jugendbeteiligung ja eigentlich gesetzlich festgeschrieben sei, würde dies oft nur unzureichend umgesetzt. Es wurde betont, dass die Aktivierung und Beteiligung von Familien auch eine Frage der Haltung sei:

- Partizipation sollte kein Selbstzweck sein, sondern die Bedarfe im Blick haben und darauf abgestimmte Methoden verwenden
- Es sollte prozess- und ressourcenorientiert vorgegangen werden, nach dem Leitsatz: „Alle, die da sind, sind richtig“
- Beteiligung sollte eingefordert werden können über z.B. aktivierende Befragungen, gemeinsame Veranstaltungen wie Kochen, Sport etc. oder Erkundungen
- Schlüsselpersonen im Quartier müssten gefunden werden, die als Lots*in, Übersetzer*in bzw. Türöffner*in fungieren
- Räume für Themen, Begegnung und Austausch müssten ermöglicht und aktiv gestaltet werden

Für eine bedarfsgerechte Planung von Angeboten im Quartier brauche es eine offene Haltung und Möglichkeiten zur echten Beteiligung, einen integrierten Ansatz und Netzwerke auf lokaler und kommunaler Ebene sowie Mut, Lust und Offenheit zum Ausprobieren, Lernen und Anpassen von Prozessen.

Abschließende Blitzlichter im Plenum

Der abschließende Austausch zeigte auf, dass das Konzept der integrierten Kommunalentwicklung durchaus weiterführend diskutiert werden könnte, vor allem aus der Perspektive der Mitgliedsorganisationen des Bundesforums Familie, die ja hauptsächlich familienpolitisch aktiv sind: Wie könnte die Arbeit der Mitgliedsorganisationen von Ideen der integrierten Kommunalentwicklung profitieren? Im Umkehrschluss aber



auch: Was könnten die Mitgliedsorganisationen dazu beitragen, dass Kommunen dieses Konzept übernehmen? Hinsichtlich der Familienbüros wurde angeregt, eine einheitliche Definition und Bedingungen zu formulieren, die Familienbüros erfüllen müssen, damit keine Parallelstrukturen zu anderen Angeboten entstünden. Es wurde betont, die Beteiligung von Familien ernst zu nehmen und sich aktiv dafür einzusetzen, auf Familien zuzugehen und nicht darauf zu warten, dass sie mit ihren Fragen kommen.

Das Umfeld und die Infrastruktur, welche Familien rund um ihren Wohnort zur Verfügung stehen, haben großen Einfluss auf das Familienleben. Das Aufwachsen von Kindern und das Wohlergehen der gesamten Familie kann durch familiengerechte Strukturen vor Ort positiv beeinflusst werden. Verfügbarkeit und natürlich auch die Qualität von frühkindlichen Bildungsangeboten, Schulen, Familienbildungs- und Beratungsangeboten, Sport- und Freizeitmöglichkeiten sowie Pflegeunterstützungsstrukturen sind wichtige Faktoren in der Bewältigung des Familienalltags. Auch wichtig sind die Mobilitätsmöglichkeiten, die Verkehrsführung und Naherholungsgebiete, vor allem wenn kein eigener Garten zur Verfügung steht. Eine familiengerechte Infrastruktur, die Familien in ihrer direkten Umgebung erfahren, sei es inmitten der Großstadt, in Vororten, in Kleinstädten oder auf dem Land, sollte also wichtiges Ziel aller kommunaler Bemühungen für Familien sein.

► Zentrale Erkenntnisse des Fachforums

Gute Strukturen für Familien vor Ort etablieren

Um gute Strukturen für Familien in ihrem Quartier bzw. in ihrer Kommune aufzubauen, sind eine Vielzahl an Gelingensbedingungen notwendig. Es braucht zuvorderst den politischen Willen dazu sowie Menschen in den Verwaltungen, die dies entsprechend umsetzen. Damit Verwaltung und Politik nah an den Familien gestaltet werden kann, müssen oft Strukturen hinterfragt und neu gedacht werden. Darüber hinaus sind engagierte Personen und Netzwerke in den Sozialräumen bzw. Quartieren unerlässlich, da diese helfen können, Familien in ihren Lebensräumen zu erreichen. Für die Bestandsaufnahme sowie die Entwicklung neuer bedarfsspezifischer Angebote ist es wichtig, die Bedarfe der Zielgruppe abzubilden. Dafür ist es wichtig, Netzwerke zu spannen bzw. etablierte Netzwerke einzubinden, um den Austausch unter den Anbietern unterschiedlicher Dienste und Familien zu fördern. Dies kann u.a. helfen, Wissenstransfer zu ermöglichen, Parallelstrukturen zu vermeiden, Angebote aufeinander abzustimmen bzw. gemeinsam zu entwickeln. Angebote im Quartier sollten räumlich über den Sozialraum verteilt sein und barrierefrei erreicht werden können. Zudem sollten die Angebote zeitlich aufeinander abgestimmt sein, sodass Familien die Möglichkeit haben, unterschiedliche Angebote bzw. auf ihren Alltag abgestimmte Angebote wahrzunehmen. Fachkräfte- bzw. Raumangel kann durch die Entwicklung von gemeinsamen Aktivitäten unterschiedlicher Akteur*innen aus dem Sozialraum entgegengewirkt und Ressourcen gebündelt werden.

Familien sind Expert*innen ihrer Lebensräume: Beteiligung fördern

Familien in Planungsprozesse einzubeziehen, ermöglicht zunächst, ihre Lebensrealitäten und ihre Bedarfe kennen und verstehen zu lernen. Denn Familien sind Expert*innen ihrer Lebensräume. Wichtige Voraussetzung für eine gute und wirksame Beteiligung ist der entsprechende Wille der Entscheidungsträger*innen, die Möglichkeiten für eine Beteiligung zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört auch, dass alle Beteiligten Offenheit und Lust am Ausprobieren sowie ehrliches Interesse haben.

Um Beteiligung zu ermöglichen, braucht es Mittel, die konjunkturunabhängig zur Verfügung stehen und die langfristige Förderung personeller Ressourcen, sodass aufgebaute Strukturen auch nachgehalten und weiter ausgebaut werden können.



Familienbüros stärken und fördern

Familienbüros können ein wichtiger Baustein einer gut funktionierenden kommunalen Familienpolitik sein. In Abgrenzung zu Familienbildungseinrichtungen sind Familienbüros Anlaufstellen für Familien und kommunale Akteure. Familienbüros vermitteln und beraten, stellen aber selbst keine Angebote bereit. Familienzentren, Familienbildungsstätten und Mehrgenerationenhäuser hingegen bieten in ihrem sozialen Umfeld unterstützende und bildungsförderliche Angebote für Familien, Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senior*innen an.

Unabhängig von ihrer genauen Ausgestaltung vor Ort schaffen Familienbüros Orientierung und vernetzen Familien mit lokalen Akteur*innen. Sie informieren, beraten und dienen als Schnittstelle zwischen Verwaltung, lokalen Netzwerken und Familien. Sie nehmen direkt die Bedarfe von Familien wahr und können so in die Kommune hinein Impulse für Neuerungen geben. Die Fachkräfte in den Familienbüros können Familien dabei unterstützen, Anträge zu stellen, die richtigen Informationen zu erhalten und diese zu verstehen sowie bedarfsspezifische Angebote zu finden und wahrzunehmen. Sie sparen Familien damit Zeit und Wege und können so Frustration entgegenwirken. Nehmen Familien die Familienbüros als zentrale Anlaufstelle für ihre Belange positiv wahr, leisten sie einen Beitrag zur Schaffung von Vertrauen in Behörden und Verwaltung. Zudem setzen Familienbüros kommunale Ressourcen bei Familienzentren sowie Behörden frei, indem sie gebündelt und effizient Fragen mit den Familien klären.

Bei der Etablierung von Familienbüros sollte jedoch darauf geachtet werden, Parallelstrukturen zu vermeiden. Familienbildungseinrichtungen und Familienbüros müssen sich beispielsweise in ihrem Zweck und ihren Angeboten klar voneinander unterscheiden, sodass keine Konkurrenz entsteht. Die Zusammenarbeit von Familienzentren und Familienbüros muss so optimiert werden, dass auch kleinräumig auf Bedarfe der Familien reagiert werden kann – dort wo Familienbüros nicht sozialräumlich präsent sind bzw. sein können.

Ein wichtiger Bestandteil für erfolgreiche Familienbüros ist freundliches und geschultes Personal, das in der Kommunikation mit Familien sowie mit Behörden und lokalen Akteur*innen geübt ist. Zudem ist der Standort der Büros entscheidend: Das Familienbüro und seine Leistungen müssen für Familien sozialräumlich (im urbanen Zusammenhang: auf Quartiers-ebene) sichtbar und barrierefrei verfügbar sein. Im ländlichen Raum kann es sich anbieten, Leistungen über ein dezentrales oder mobiles Familienbüro anzubieten, um alle Familien zu erreichen.

Integrierte Kommunalentwicklung als Methode für gemeinwesenorientierte und ganzheitliche Lösungen

Kommunale Entscheidungen sollten an den Bedarfen der Bewohner*innen ausgerichtet sein. Zurzeit arbeiten Fachbereiche in kommunalen Verwaltungen überwiegend jedoch nicht systematisch bereichsübergreifend, sodass zu selten ganzheitliche Lösungen entwickelt werden können, bzw. teils auch parallel an Lösungen gearbeitet wird.

Integrierte Kommunalentwicklung zielt darauf ab, die Versäulung in der Verwaltung zu verringern, indem sie systematisch fachbereichsübergreifend arbeitet und dabei die Bevölkerung miteinbezieht. Die Gemeinwesenarbeit kann dabei Bindeglied zwischen den Menschen in einem Quartier und Verwaltung und Politik sein. Damit sollen bedarfsspezifische Angebote mit den Bewohner*innen entwickelt bzw. soll auf schon existierende Angebote aufmerksam gemacht werden. Da die Perspektiven unterschiedlichster Akteur*innen und Menschen in einem Quartier einbezogen werden, kann Hilfe besser dort ankommen, wo sie gebraucht wird. Dies gilt insbesondere auch für Familien, die sonst nicht oder nur schwer erreicht werden. Dieses Vorgehen kann Familien aktivieren, empowern und unterstützen und so zu mehr Beteiligung und Stärkung demokratischen Handelns beitragen.

In mehreren Sitzungen der aus Mitgliedern des Bundesforums Familie bestehenden Ad-Hoc-AG wurde das Fachforum konzipiert, vorbereitet und inhaltlich nachbereitet. Die oben skizzierten zentralen Erkenntnisse basieren auf den Diskussionen im Austausch mit geladenen Expert*innen im Fachforum.

In der Ad-Hoc-AG „Kommunale Infrastruktur“ haben mitgewirkt:

- **Dr. Laura Castiglioni**, Deutsches Jugendinstitut
- **Britta Kreuzer**, BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit
- **Jana Liebert**, Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband
- **Birgit Merkel**, Zukunftsforum Familie
- **Dr. Kathrin Schmitt**, Bundesverband für Kindertagespflege
- **Lisa Sommer**, Zukunftsforum Familie
- **Ulrike Stephan**, evangelische arbeitsgemeinschaft familie

Veranstaltungsbericht **FACHFORUM 2**

„Gutes Wohnen für Familien – eine Aufgabe für Staat und Zivilgesellschaft“ | 18. März 2021



Knapp 50 Teilnehmende aus den Mitgliedsorganisationen des Bundesforums Familie kamen am 18. März 2021 digital zum zweiten Fachforum der Themenperiode „Familie, Wohnen und kommunale Infrastruktur“ zusammen. Diesmal im Fokus: „Gutes Wohnen für Familien – eine Aufgabe für Staat und Zivilgesellschaft“.

Die Wohnungsnot von Familien, vor allem ausgelöst durch steigende Mieten und Immobilienpreise, ist ein akutes Thema. Die Verdrängung aus einzelnen Stadtvierteln ist für Familien oft besonders problematisch: Unter anderem sind sie auf eine gewisse Infrastruktur angewiesen und sie werden aus ihrem sozialen Umfeld herausgeholt. Gleichzeitig verbleiben ältere Menschen häufig in ihren angestammten, aber ungeeigneten Wohnungen, weil ein Umzug und die meist höhere Miete für eine kleinere Wohnung für sie nicht finanzierbar ist. Da der soziale Status und gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten unter anderem davon abhängt, wo und wie wir wohnen, wird (gutes) Wohnen oft als Grundrecht verstanden. Aber was heißt das konkret? Welche Herausforderungen haben Familien in verschiedenen Lebensphasen auf dem Wohnungsmarkt? Welche Rollen können Staat und Zivilgesellschaft bei der Lösung dieser Probleme spielen? Das grundlegende Ziel des Fachforums war es, zu erörtern, welche Rahmenbedingungen es braucht, um adäquaten und bedarfsgerechten Wohnraum für alle Familien zu sichern. Nach einem einleitenden Impulsvortrag hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, mit Expert*innen in Break-Out-Rooms zu drei unterschiedlichen Schwerpunktthemen ins Gespräch zu kommen.

Impulsvortrag „Wie stellt sich die aktuelle wohnungspolitische Lage von Familien dar?“

Zu Beginn des Fachforums führte Dr. Gerd Kuhn (urbi-et, Tübingen) in seinem Impuls in die aktuelle wohnungspolitische Lage von Familien ein. Er unterstrich, dass Familien momentan – vom Baukindergeld abgesehen – viel zu wenig Relevanz in wohnungspolitischen Debatten hätten und diesbezüglich unbedingt ein Paradigmenwechsel stattfinden müsse. Einerseits müsse die Quantität von verfügbarem und bezahlbarem Wohnraum für Familien deutlich erhöht werden, andererseits müsse ein Augenmerk auf die Qualität gelegt werden, sodass nicht nur irgendein Wohnraum, sondern vor allem auch mehr familiengerechter Wohnraum entstehen bzw. erhalten bleiben könne.

In einem historischen Abriss erläuterte Kuhn, wie in den 1950er und 1960er Jahren Wohnungspolitik ein wichtiger Teil von Familienpolitik gewesen sei: in den 1950ern noch durch die intensive Schaffung von sozialem Wohnungsbau, und ab den 1960ern zusätzlich mit einer Förderung von Eigentum und Eigenheimen für Familien. Während Familienpolitik heutzutage leider immer weniger den Wohnungsmarkt im Blick hätte, herrsche in den wohnungspolitischen Maßnahmen, die es in Bezug auf Familien gebe, vielfach das Familienbild der 1950er vor, z.B. würden multilokale Lebensformen nicht berücksichtigt. Insgesamt führe all dies zu einer Überbelegung von Wohnungen und einem „Lock-In-Effekt“, vor allem für junge Familien. Als enormes Problem skizzierte Kuhn die quantitative Versorgung mit sozialem Wohnungsbau, da jährlich deutlich mehr Sozialwohnungen aus der „Bindung

fielen“ (ca. 43.000 Wohnungen) als nachgebaut würden (ca. 25.000 Wohnungen). Habe es in den 1980ern noch 4 Millionen und 2002 noch 2,47 Millionen Sozialwohnungen gegeben, seien dies 2020 nur noch 1,13 Millionen gewesen. Ideen, wie politisch aus der Wohnungskrise herauszufinden sei, gebe es mittlerweile einige, diese seien jedoch teils auch umstritten, weil sie oftmals den Interessen von Immobilienkonzernen zuwiderliefen. Kuhn erwähnte das Berliner Volksbegehren „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“, welches vorsehe, Konzerne mit über 3000 Wohneinheiten zu enteignen, den Berliner Mietendeckel, das Mietstopp-Volksbegehren aus Bayern, Mietmoratorien ebenso wie Ansätze der „Neuen Gemeinnützigkeit“ sowie dem „Neuen Bodenrecht“.

Kuhn unterstrich weiterhin, dass neben dem quantitativen Mangel an bezahlbarem Wohnraum die qualitative Ausgestaltung des Familienwohnens defizitär sei; hier bedürfe es dringend wohnungspolitischer Korrekturen. Es sei auch dringend notwendig, die Förderkriterien an die sozialen Realitäten von Familien anzupassen und somit auch bei der qualitativen Ausrichtung die verschiedenen Familienformen und ihre unterschiedlichen Bedürfnisse angemessen zu berücksichtigen, z.B. durch ein verstärktes Angebot von flexiblen Cluster-Wohnungen für Familien. Zudem müssten die Sozialbindungen langfristiger bzw. dauerhaft Bestand haben, um genügend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu halten. Kuhn gab einen umfassenden Einblick in die historische Entwicklung des Wohnungsbaus und die zunehmend weniger familienorientierte Wohnungsbaupolitik und machte deutlich, dass genau dies wieder verändert werden müsse: Familien müssten wieder viel stärker in den Fokus der Wohnungspolitik rücken – wenn dies auch in unterschiedliche lokale Handlungsansätze resultieren könnte, da die Herausforderungen sich teils auch regional stark unterschieden.

Im direkten Anschluss wurde Kuhns Impulsvortrag durch Dr. Patricia Arndt aus der Ad-Hoc-AG im Bundesforum Familie kommentiert. Sie merkte an, dass während Wohnungs- und Familienpolitik in früheren Dekaden durchaus zusammen gedacht wurde, sich dies zunehmend auseinanderentwickelt habe, was es dringend zu ändern gelte – auch wenn Wohnen immerhin im 9. Familienbericht als Themenfeld erwähnt werde. Familien – in all ihrer Vielfalt und in Anbetracht des stetigen gesellschaftlichen Wandels – müssten wieder zentral in Wohnungs- und Baupolitik sowie schon in der Architekturausbildung mitgedacht werden. Weiterhin gelte es, Familien nicht nur in einer Lebensphase, sondern über ihren gesamten Lebenszyklus in den Blick zu nehmen.

In der anschließenden Diskussion der Teilnehmenden im Plenum wurde unterstrichen, dass Wohnen weitaus mehr sei, als die Wohnung oder das Haus, in dem eine Familie wohne. Es sei vielmehr ein Netzwerk an Strukturen und Angeboten, die die Qualität des Wohnens fundamental bedingten – daher müsse die Diskussion um die qualitative Ausgestaltung von Wohn- und Sozialraum in den Quartieren verstärkt werden. Beispielsweise entstünden aufgrund von Multilokalität von Familien immer mehr Engpässe hinsichtlich der Care-Arbeit innerhalb der Familien, dies könne zumindest teilweise durch ein gutes nachbarschaftliches Netzwerk aufgefangen werden. Auch wurde gefordert, intensiver über Möglichkeiten nachzudenken, Mehrgenerationenwohnen sowie Wohnungstausch zu fördern, sodass Familien in den unterschiedlichen Lebenslaufzyklen adäquaten bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung hätten. Die Teilnehmenden fragten kritisch, warum immer weniger in sozialen Wohnungsbau investiert werde, wo doch gerade belastete Familien hiermit unterstützt würden.

Drei parallel stattfindende Expert*innengespräche

1. Familiengerechtes Wohnen – eine marktwirtschaftliche Perspektive

Prof. Dr. Michael Voigtländer, Leiter des Kompetenzfelds Finanzmärkte und Immobilienmärkte am Institut der deutschen Wirtschaft, vertiefte im ersten Expert*innengespräch die marktwirtschaftliche Perspektive auf Familien auf dem Wohnungsmarkt. Er legte dar, dass vor allem der Wohnungsneubau in den Städten gefördert werden müsse, um der Nachfrage gerecht zu werden. Ebenfalls sei es wichtig, dass Familien der Zugang zu Wohneigentum durch adäquate Förderungen und Instrumente erleichtert werde. Die Sozialpolitik müsse sich verstärkt an den sich wandelnden Bedürfnissen von Familien orientieren. Die Infrastruktur im Umland von Städten müsse ausgebaut werden, um die Attraktivität des ländlichen Raums für Familien zu vergrößern. Hierbei müsse sowohl die Infrastruktur vor Ort sowie die Anbindung an zentrale Knotenpunkte ausgebaut werden.

Angemerkt wurde u.a., dass das Baukindergeld zwar Wirkung zeige, jedoch mit zehn Milliarden Euro zu teuer sei. Gegebenenfalls könnten die Mittel mit anderen Maßnahmen zielgerichteter und effektiver ausgegeben werden. Seit 2010 sei ein starker Mietenanstieg zu verzeichnen, die Wohnkostenbelastung im Gegenzug bleibe zumindest dort relativ konstant, wo



höhere Löhnen auf niedrige Bestandsmieten trafen – nicht jedoch beispielsweise bei ALG-2-Empfänger*innen. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass Sozialwohnungen ein gutes Mittel seien, um belastete Familien zu unterstützen. Derzeit seien diese jedoch häufig falsch belegt. Voigtländer schlug vor, Mietverträge in Sozialwohnung zu befristen und die Bedürftigkeit alle fünf Jahre zu prüfen, sodass der Zugang zu Sozialwohnungen zielgerichteter möglich sei. Ein weiteres Problem, welches den Wohnungsmangel vor allem in Städten verstärkte, sei die Nutzung von Wohnungen als Ferien- oder Zweitwohnungen. Diese Wohnungen fehlten auf dem Markt, zudem trügen die Besitzer*innen nicht zu einem lebendigen Stadtleben bei. Intensiv diskutiert wurde anschließend die Frage von Mietobjekt versus Eigentum.

Voigtländer legte am Beispiel von Großbritannien dar, warum ein ausgewogener Anteil von Miete und Eigentum zusammen mit verstärktem Neubau die Wohnungskrise aufhalten könne. Eine Wohneigentumsquote von 50–60 Prozent sei günstig, in Deutschland liege diese derzeit bei 40 Prozent. Sie sei seit 2010 nicht mehr gestiegen, obwohl die aktuell niedrigen Zinsen ein Anreiz zum Erwerb von Eigentum darstellen könnten. Jedoch seien die Kosten von Bauland und Bau im Vergleich ebenfalls stark gestiegen. Wegen niedriger Zinsen sei der Erwerb von Wohneigentum gerade vielerorts günstiger als zu mieten, jedoch fehle oftmals gerade jüngeren Menschen in der Familien(gründungs)phase das Startkapital. Dies bedeute, dass der Eigentumserwerb meist nur für diejenigen, die Kapital erben, möglich sei, was sozialen Sprengstoff berge. Lösungen, um den Eigentumserwerb auch ohne Erbschaft zu ermöglichen, seien die Gewährung von Nachrangdarlehen und Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer. Die Förderung von Eigentum sozial verträglich zu gestalten, sei insgesamt sehr schwierig, daher müssten sowohl Instrumente, die den Mietmarkt regulierten, als auch Instrumente für die Finanzierung von Eigentum entwickelt und gefördert werden. Die Grundsteuer könne durch die Einführung einer Bodenwertsteuer reformiert werden. Darüber hinaus wurde angemerkt, dass die Erschließung von Bauland immer auch aus ökologischer Perspektive zu betrachten sei.

2. Wohnungslosigkeit von Familien

Im zweiten Expert*innengespräch erörterten Sarah Loties und Joachim Krauß von der BAG Wohnungslosenhilfe den aktuellen Problemkomplex der Wohnungslosigkeit von Familien mit den Teilnehmenden. Die Referent*innen legten in ihrem Kurzimpuls dar, dass Wohnungslosigkeit von Familien

kein Randphänomen mehr sei, sondern dass mittlerweile viele Familien die Hilfsangebote der Beratungsstellen aufgrund von (drohender) Wohnungslosigkeit in Anspruch nähmen. Wohnungslosigkeit von Familien würde jedoch häufig viel zu spät erkannt, da Familien oftmals zunächst auf ihre Hilfsnetzwerke (Familien und Freundeskreise) zurückgreifen würden und in Krisen oft zunächst bei diesen unterkämen. Weiter ergänzten sie, dass Familien häufiger auf Hilfen zurückgriffen als Alleinlebende, was grundsätzlich dafür spräche, präventive Hilfen auszubauen, sodass Familien gar nicht erst in die Lage gerieten, wohnungslos zu werden.

In der anschließenden Diskussion mit den Teilnehmenden wurden unterschiedliche Handlungsfelder identifiziert, die dazu beitragen könnten, Familien vor der Wohnungslosigkeit zu bewahren. Die Gesellschaft müsse grundsätzlich für das Thema Wohnungslosigkeit stärker sensibilisiert werden, sodass das stereotype Bild eines zottligen, alkoholkranken Obdachlosen aus den Köpfen der Menschen verschwinde. Denn Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit sei längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Präventionsketten, wie sie beim Kinderschutz angewandt würden, könnten auch dazu beitragen, Wohnungslosigkeit frühzeitig zu erkennen und dem früh entgegen zu steuern. Neben der Stärkung präventiver Maßnahmen müssten die Unterstützungsinstanzen besser vernetzt werden, sodass die häufig multiplen Gründe für die Problemsituation angegangen werden könnten. Beratungsstellen müssten außerdem die Möglichkeit haben, multilingual zu beraten, bzw. Dolmetscher*innen hinzuziehen zu können.

Ergänzend hingewiesen wurde auf die Erkenntnisse des Online-Fachgesprächs „Wohnungslosigkeit von Familien im europäischen Vergleich“, welches das Bundesforum Familie am 03. Dezember 2020 mit Expert*innen aus Finnland, Irland und Deutschland durchgeführt hatte.

3. Treiber und Konsequenzen der Wohnstandortwahl von Familien

Dipl. Ing. Ricarda Pätzold, Projektleiterin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Urbanistik stellte im dritten Expert*innengespräch Treiber und Konsequenzen der Wohnstandortwahl von Familien vor. In der Diskussion mit den Teilnehmenden kristallisierte sich heraus, dass Wohnraum der Finanzspekulation entzogen werden müsse, um Familien den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum zu ermöglichen. In der Diskussion wurde die Aussage von Dr. Kuhn bestätigt, dass vor allem auch die Qualität von Wohnraum



in den Blick genommen werden müsse. Derzeit stehe zu wenig familiengerechter Wohnraum zur Verfügung. Hierbei sei nicht nur auf den Wohnraum an sich, sondern auch auf die Umgebung zu achten. Thematisiert werden sollte z.B. die Frage, wie viele Autos in Städten erlaubt werden sollten. In dem Kontext wurde auch diskutiert, dass Wohnraum für Familien in den Innenstädten immer weniger attraktiv oder bezahlbar sei, und diese entsprechend an den Stadtrand bzw. in Vorstädte („Speckgürtel“) zögen. So verschwänden Familien zunehmend aus den Innenstädten, was gesamtgesellschaftlich problematisch sei. Zudem seien auch die Familien häufig nicht zufrieden mit dem Wegzug aus der Stadt, der ihnen in gewisser Weise von den Umständen auferlegt sei. Innenstädte müssten also eher so (um-) gestaltet werden, dass die Gemeinschaft in den Quartieren gefördert werde und durch mehr Grün und mehr Verkehrsberuhigung attraktiver für Familien werde. Im ländlichen Raum hingegen müsse das Bewusstsein für die Bedarfe junger Familien sowie die Lebensverlaufsperspektive gefördert werden, sodass die Infrastruktur bedarfsgerecht für junge Familien sowie Senior*innen gestaltet wird. Auch wurde bestätigt, dass Quartiere sowie Kommunen verstärkt eine homogene Anwohner*innenschaft anziehen und so unter anderem die Schere zwischen arm und reich verstärkt werde. Hier müsse die Perspektive stärker auf sozialer Heterogenität liegen.

Abschließende Kurzvorstellung der Diskussionen im Plenum

In einer abschließenden Runde stellten Mitglieder der Ad-Hoc-AG die jeweiligen Diskussionen, die in den Break-Out-Rooms stattgefunden hatten, im Plenum vor. Aus allen drei Gruppen wurde verstärkt darauf verwiesen, dass der Markt die angesprochenen Probleme nicht lösen könne und werde und somit Instrumente entwickelt werden müssten, die den Markt entsprechend regulierten. Damit müssten Rahmenbedingungen geschaffen werden, um allen, insbesondere sozioökonomisch benachteiligten Menschen, einen guten Zugang zum Wohnungsmarkt zu ermöglichen und sozial- und umweltverträglichen Neubau zu fördern. Vielfach wurde erwähnt, dass vor allem in die Schärfung des Bewusstseins sich wandelnder Bedürfnisse von Familien investiert werden müsse und dass diese sich im Wohnungsmarkt sowie in der Qualität des Wohnens und in Beratungsangeboten widerspiegeln müssten.

► Zentrale Erkenntnisse des Fachforums

Die Diskussionen beim Fachforum haben klargemacht, dass sowohl Gesellschaft als auch Politik gefordert sind, in Zukunft eine familienorientierte und familiengerechte Wohnungspolitik zu konzipieren und umzusetzen. Die Bedarfe von Familien müssen verstärkt Teil der Wohnraumdebatte sein, sei es im Neubau, in der Mietpolitik oder im Eigentums-erwerb. Aktuell deckt das Angebot auf dem Miet- sowie Eigentumsmarkt nicht die Nachfrage nach Wohnraum, was u.a. zu immer weiter steigenden Preisen führt, vor allem in den Ballungsgebieten. Einige bevölkerungsärmere Regionen haben wiederum damit zu kämpfen, dass es viel Leerstand gibt und Familien sich dort auf Grund der infrastrukturellen und arbeitsmarktbezogenen Rahmenbedingungen kaum ansiedeln. Darüber hinaus werden familienspezifische Bedarfe auf dem Wohnungsmarkt nicht ausreichend mitgedacht und gedeckt, sodass Familien häufig keinen adäquaten Wohnraum zur Verfügung haben.

Politische Rahmenbedingungen für einen familiengerechten Wohnungsmarkt etablieren

Der Druck auf den Wohnungsmarkt ist in den letzten Jahren gestiegen, sodass insbesondere Familien Schwierigkeiten haben, adäquaten und preiswerten Wohnraum zu finden. Mietpreisregulationsinstrumente (Mietendeckel, Mietpreisbremse), ein nachhaltiger Ausbau bzw. Erhalt von sozialem Wohnungsbau sowie die Vergesellschaftung und Rekommunalisierung von Wohnraum sind vielversprechende Ansätze, die derzeit jedoch noch hinsichtlich Umsetzung und Effektivität vielerorts kontrovers diskutiert werden. Des Weiteren sollte in die Erschließung neuen Wohnraums sowie dezentraler Wohngebiete investiert werden, um das Angebot zu erweitern. Hilfreich könnten auch die Senkung von Bürokratiekosten oder der Grundsteuer sein, um Neubau zu fördern. Der Bund, die Länder bis zu den Kommunen sind gefordert, wieder verstärkt in eine familienorientierte Wohnungspolitik zu investieren und gute Rahmenbedingungen für Familien auf dem Land und in der Stadt zu schaffen.

Familiengerechtigkeit in Beständen, Bau und Infrastruktur berücksichtigen

Neben der quantitativen Erhöhung von adäquatem und preiswertem Wohnraum muss dringend auch die Qualität des vorhandenen und neugeschaffenen Wohnraums für Familien

neu bewertet und den veränderten Lebensrealitäten von Familien angepasst werden. Auch mangelt es erheblich an barrierefreiem Wohnraum. Gemeinschaftsflächen, flexible Grundrisse und Cluster-Wohnungen sind beispielsweise Ansätze, um Wohnraum für die Vielfalt von Familien über den gesamten Lebenslauf zugänglich und bedarfsorientiert zu gestalten. Ebenso ist das Wohnumfeld und die Infrastruktur prägend für die Wohnqualität von Familien – sei es in innerstädtischen Lagen, am Stadtrand oder auf dem Lande. Zudem könnte der Tausch von Wohnungen attraktiver gemacht bzw. unterstützt werden, um den vorhandenen Wohnraum passgenauer zu verteilen.

Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und Wohnungslosigkeit von Familien verhindern

Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ist ein nicht zu unterschätzendes Phänomen: Für kinderreiche, alleinerziehende, armutsbedrohte und migrantische Familien beispielsweise stellt es sich oftmals noch schwerer als für andere Familien dar, passenden Wohnraum zu finden. Verstärkt ist auch zu sehen, dass Familien aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes zunehmend von Wohnungslosigkeit bedroht bzw. betroffen sind. (Drohende) Wohnungslosigkeit gefährdet akut das Kindeswohl und ist unter allen Umständen dringend zu vermeiden. Prävention, auch im Sinne von „Housing First“, sollte oberste Priorität haben. Hilfsketten müssten schon bei den ersten Anzeichen von nahender Wohnungslosigkeit von Familien greifen. Hierfür müssen Schnittstellen sowie präventive Hilfsangebote verstärkt werden. Zudem ist es notwendig, gesamtgesellschaftlich für die Wohnungslosigkeit von Familien zu sensibilisieren, nicht zuletzt auch um die Hürden für in Not geratene und Unterstützung suchende Familien abzubauen.

Bedarfsermittlung ausbauen: Was wollen und brauchen Familien in Bezug auf Wohnen?

Es sollte eine verstärkte gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber geben, welche Wohnbedarfe Familien haben und ob beispielsweise eine primär auf den Einfamilienhauserwerb gerichtete Wohnungspolitik diesen gerecht wird. So vielfältig wie Familien sind auch ihre Bedarfe – gleichwohl gibt es viele Wohnaspekte, die vielen Familien helfen würden, ihren Familienalltag zu bewältigen. Hier bräuchte es eine differenzierte Erhebung der Bedarfe von Familien ans Wohnen und auch eine Diskussion darüber, wie direkte und erweiterte Wohnumgebungen in der Stadt wie auf dem Land familiengerechter gestaltet werden können (z.B. Spiel- und Freiräume, Mobilität, Sicherheit, Verkehr, parkende Autos).

In mehreren Sitzungen der aus Mitgliedern des Bundesforums Familie bestehenden Ad-Hoc-AG wurde das Fachforum konzipiert, vorbereitet und inhaltlich nachbereitet. Die oben skizzierten zentralen Erkenntnisse basieren auf den Diskussionen im Austausch mit geladenen Expert*innen im Fachforum.

In der Ad-Hoc-AG „Gutes Wohnen für Familien“ haben mitgewirkt:

- **Jessica Albrecht**, Selbsthilfeinitiativen Alleinerziehender Bundesverband
- **Dr. Mehmet Alpbeğ**, Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland
- **Dr. Patricia Arndt**, Verband kinderreicher Familien Deutschland
- **Dr. Laura Castiglioni**, Deutsches Jugendinstitut
- **Carolin Fischer**, Familienbund der Katholiken
- **Beatrice Schilling**, Bundesverband der Mütterzentren
- **Lisa Sommer**, Zukunftsforum Familie

Veranstaltungsbericht Online-Fachgespräch

„Wohnungslosigkeit von Familien im europäischen Vergleich“ | 03. Dezember 2020

Nicht nur in Deutschland, sondern auch europaweit steigen die Zahlen wohnungsloser Familien. Vor diesem Hintergrund beleuchtete das digitale Fachgespräch des Bundesforums Familie das Thema der Wohnungslosigkeit von Familien aus europäischer Perspektive.

Die Diskussionsgrundlagen gaben Prof. Dr. Volker Busch-Geertsema mit einer Problembeschreibung und -analyse der Lage in Europa sowie Leena Lehtonen, Petra Gergov-Keskelo und Wayne Stanley, die die Situation in Finnland respektive Irland sowie regionale Maßnahmen beschrieben.

Zum Überblick fasste Prof. Dr. Volker Busch-Geertsema, von der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung, die Ergebnisse der Studie „Family Homelessness in Europe.“ zusammen, die in 14 europäischen Mitgliedstaaten durchgeführt wurde. Er führte aus, dass ein umfassender gesamteuropäischer Überblick schwierig sei, da viele Länder keine separaten Daten zur Wohnungslosigkeit von Familien erfassten. Dennoch ließe sich allgemein sagen, dass Straßenwohnungslosigkeit von Familien in Europa eher selten sei. Jedoch gebe es in nicht unerheblichem Maße eine verdeckte Wohnungslosigkeit von Familien. Er betonte, dass die Ursachen für Wohnungslosigkeit von Familien vielfältig seien. Beziehungsabbrüche (mit entsprechenden finanziellen Folgen) und häusliche Gewalt seien hier wichtige Faktoren, jedoch weniger Sucht oder psychische Probleme.

Wayne Stanley von den Simon Communities in Irland erläuterte, dass Wohnungslosigkeit von Familien in Irland in den letzten Jahren stark zugenommen habe und ein wichtiges Thema auf der politischen Agenda sei. Derzeitig seien ca. 1.100 Familien in Irland wohnungslos. Die

Ursachen von Wohnungslosigkeit von Familien hätten sich im Verlauf der letzten 50 Jahre verändert. Die irische Regierung habe zwar verschiedene Programme entwickelt, in denen sie beispielsweise mit Hausbesitzer*innen zusammengearbeitet habe, um frei gewordenen Wohnraum an Familien mit geringen Einkommen zu vermitteln. Mit einem anderen Programm wurde das Tempo der Wohnraumvermittlung für wohnungslose Familien verbessert, damit sie wenig Zeit in Übergangslösungen verbringen müssten. Trotz der Programme seien die Zahlen von wohnungslosen Familien gestiegen. Zeitweise seien sogar Hotelzimmer für Familien angemietet worden. Da dies jedoch ungeeignet gewesen sei, seien Familienunterkünfte entstanden, in denen Familien neben Schlafräumen gemeinschaftlich genutzte Räume zur Verfügung stehen. Dadurch habe sich der Fokus des Regierungshandelns verändert: statt Familien ein neues Zuhause zu vermitteln, werde ihnen zunächst Platz in einer Familienunterkunft angeboten. Während der COVID-Pandemie seien die Wohnungslosenzahlen jedoch sinkend. Dies liege vor allem daran, dass Zwangsräumungen aktuell ausgesetzt würden und durch die fehlende touristische Nutzung allein in Dublin 9.000 Airbnb-Wohnungen wieder auf dem Wohnungsmarkt verfügbar seien.

Leena Lehtonen und Petra Gergov-Keskelo vom Projekt „NEA-Securing Housing for Women“, dem ersten Projekt in Finnland, das spezifisch auf die Bedarfe und Probleme von wohnungslosen Frauen zugeschnitten ist, berichteten über Wohnungslosigkeit von Familien in Finnland. Finnland sei das einzige EU-Land, in dem die Wohnungslosenzahlen in letzter Zeit gesunken sind. Basierend auf der europäischen Initiative „Housing First“ würden nationale und regionale Strategien gegen Wohnungslosigkeit erarbeitet und umgesetzt. Beispielsweise gebe

es landesweit es ein Netzwerk an Wohnberatungsstellen, dessen Service vor allem auch viele Familien nutzten. Grundsätzlich habe Finnland ein starkes Sozialsystem, das z.B. für die Miete aufkomme, wenn Menschen arbeitslos seien. Während die Anzahl der Wohnungslosen insgesamt abnehme, steige allerdings die relative Zahl von wohnungslosen Frauen. Unter Familien seien vor allem Ein-Eltern-Familien besonders von Wohnungslosigkeit betroffen, jedoch fehlten auch in Finnland genaue Zahlen.

► Fazit

Festgehalten wurde, dass der Wohnungsmarkt Familien zu wenig Möglichkeiten biete, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Es wurde darauf hingewiesen, dass es insbesondere für Familien mit geringen Einkommen sowie für Familien mit erwachsenen Kindern oder Kindern mit Behinderung als auch für große Familien schwierig sei, ein passendes neues Zuhause bzw. auch nur eine Übergangswohnung zu finden. Vor allem in Städten gebe es zu wenig bezahlbaren Wohnraum für Familien. Insofern sei es in allen angesprochenen Staaten zentral, dass vor allem bezahlbarer Wohnraum für Familien geschaffen werden müsse.

Insgesamt wurden in dem Gespräch vor allem präventive statt kurative Maßnahmen bevorzugt. So solle ein rascher Zugang zu bezahlbarem und angemessenem Wohnraum sowie die zügige Vermittlung in normale Wohnverhältnisse statt langer Aufenthalte in Sonderwohnformen gewährleistet werden. Wichtig seien zudem die Förderung des Zugangs zu geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten mit der Aufrechterhaltung lokaler Bezüge.

Der Anteil versteckter Wohnungslosigkeit von Familien müsse besser erfasst werden. So würden Familien, die ihr Zuhause verlassen müssten, häufig zunächst bei Freund*innen und Familie unterkommen, wenn sie keine bezahlbare Wohnung auf dem privaten Mietmarkt fänden. Auch Frauen mit Kindern, die vor häuslicher Gewalt in Frauenhäuser geflohen seien, gingen derzeit nicht in die Wohnungslosenstatistiken ein. Hinsichtlich des Übergangs vom Frauenhaus auf den Wohnungsmarkt sprachen sich die Teilnehmenden für eine deutlich bessere Unterstützung und Begleitung der Frauen und Kinder aus.

Hingewiesen wurde zudem darauf, dass für manche Familien auch vor der Wohnungslosigkeit unwürdige Lebensumstände vorliegen würden, z.B. wenn Strom oder Gas etc. aufgrund von unbezahlten Rechnungen abgeschaltet würden. Solche Zustände gelte es ebenso wie Zwangsräumungen bei Familien mit minderjährigen Kindern wenn möglich zu verhindern.



Veranstaltungsbericht **FACHFORUM 3**

„Gemeinschaftliches Wohnen für Familien – Zukunft des Zusammenlebens?“ | 11. Mai 2021



Etwa 45 Teilnehmende aus den Mitgliedsorganisationen des Bundesforums Familie kamen am 11. Mai 2021 digital zum dritten und letzten Fachforum der Themenperiode „Familie, Wohnen und kommunale Infrastruktur“ zusammen. Das Thema lautete: „Gemeinschaftliches Wohnen für Familien – Zukunft des Zusammenlebens?“

Einführend eröffnet wurde das Fachforum von konkreten Einblicken in die Lebensrealitäten von Familien in drei gemeinschaftlichen Wohnprojekten. Den Impulsvortrag hielt Dr. Martina Heitkötter (Deutsches Jugendinstitut) mit aktuellen Forschungsergebnissen zu Familien in gemeinschaftlichen Wohnprojekten. Im Anschluss gaben Expert*innen aus ihrer jeweiligen Perspektive Antworten auf die Frage: Welche Rahmenbedingungen fördern gemeinschaftliches Wohnen für Familien?

Gemeinschaftliches Wohnen in der Praxis: Berichte aus Baden-Württemberg, Brandenburg und Sachsen

Agnes Schuster berichtete von der Gemeinschaft Tempelhof, ein Ökodorf im ländlichen Baden-Württemberg, wo auf 30 Hektar Land 2010 ein basisdemokratisches und ökologisch nachhaltiges Wohnprojekt entstanden ist, in dem mittlerweile ca. 150 Personen (etwa 100 Erwachsene und 50 Kinder) gemeinschaftlich leben und arbeiten. Der großzügig vorhandene Raum in den Bestandsgebäuden bietet zahlreiche Möglichkeiten: Neben den Wohnflächen gibt es u.a. einen Waldkin-

dergarten, eine freie weiterführende Schule, Seminarräume, Großküchen, Werkstätten, einen Hofladen und ein Café sowie eine Mehrzweckhalle mit Bühne, außerdem 26 ha Agrarland, welches von der Gemeinschaft bewirtschaftet wird. Die Gemeinschaft verfügt zudem über Bauland in Reserve. Schuster beschrieb, wie Mehrgenerationenwohnen und Gemeinschaft in Tempelhof funktionieren: jede*r Bewohner*in verfüge über ein Wohnrecht auf Lebenszeit, jedoch nicht über ein Anrecht auf bestimmte Räume. So könne sich das „Wohnkarussell“ in der Gemeinschaft drehen und mit Unterstützung anderer Menschen aus der Dorfgemeinschaft, die bereit sind, sich zu verändern, neue bedarfsgerechte Lösungen gefunden werden, wenn sich im Lebenslauf und durch familiäre Veränderungen, insbesondere durch Trennungen, andere Wohnbedürfnisse ergäben. Als Mehrgenerationenprojekt sei in letzter Zeit zudem des Öfteren das Thema „Heimathafen“ für junge Erwachsene aufgekommen: wenn junge Erwachsene das Elternhaus in Tempelhof verließen und die Eltern sich in dem Zuge räumlich verkleinerten, fehle ein Ort für die erwachsenen Kinder, an den sie für Besuche heimkehren könnten. Um dieses Problem anzugehen, hätte eine Gruppe von jungen Erwachsenen eine eigene Genossenschaft gegründet, um auf dem Gelände „Wohnboxen“ für Besuche zu errichten. Insgesamt sei die in Tempelhof praktizierte Konsenskultur, achtsame Kommunikation und eine Verpflichtung aller Bewohner*innen, in den sozialen Räumen präsent zu sein, für diese Prozesse sehr wichtig.

Danach gab Teena Ihmels Einblicke in das gemeinschaftliche Wohnprojekt Schöner Hausen in Leipzig, ein Komplex aus vier Gründerzeitbauten, wo nach zwei Jahren selbstorganisierter und gemeinschaftlicher Sanierung seit 2017 80 Personen zwischen 0 und 65 Jahren leben. Die Häuser wurden von einer Stiftung erworben und der Projektgruppe über einen Erbbaurechtsvertrag zur Nutzung überlassen, außerdem ist das Projekt Teil des Miethäusersyndikats. Ihmels hob hervor, dass die langfristige Wohnperspektive, der günstige Wohnraum, die geteilten Gemeinschaftsflächen sowie die Unterstützungsstrukturen in der Care-Arbeit, die sich im Kollektiv ergäben, große Anziehungskraft auf Familien hätten. Sie unterstrich, dass sehr viele Einelternfamilien Teil des Projekts seien, und es auch weiterhin viele Anfragen von Alleinerziehenden gebe, die besonders viel von der Gemeinschaft und der gegenseitigen Unterstützung profitierten. Sie berichtete außerdem, dass das Projekt mit teils sehr großen Gemeinschaftswohnungen mit vielen Kindern gestartet sei und es dann insgesamt eine Verkleinerungstendenz innerhalb der Wohneinheiten gegeben habe, da das Bedürfnis nach Rückzugsräumen gerade auch in der Gemeinschaft bedeutsam sei. Dennoch stünden offene Türen und Gemeinschaft nach wie vor im Fokus der Projektgruppe.

Das genossenschaftliche Wohnprojekt Uferwerk Werder in Nähe von Potsdam wurde von Dr. Wenke Wegner vorgestellt: hier leben seit 2017 ca. 100 Erwachsene und 65 Kinder in einem nachhaltigen Mehrgenerationenwohnprojekt auf einem Ufergrundstück. Wegner berichtete von vielen Vorteilen des Wohnens im Uferwerk für Familien: das großzügige Außengelände mit vielen anderen Kindern böten eine abenteuerliche und dennoch sichere Spielumgebung, Kinder wüchsen mit vielfältigen Bezugspersonen auf und erlernten im Projekt viele Kompetenzen, nach Trennungen könnten beide Elternteile durch Wohnungstausche vor Ort bleiben und die Gemeinschaft unterstütze sich gegenseitig in den Care-Aufgaben. Das Thema Care habe im Uferwerk eine besondere Relevanz, da es als explizites Mehrgenerationenprojekt viele ältere Bewohner*innen gebe. Teils fungierten diese als „Ersatz-Großeltern“, gleichzeitig würden die Unterstützungs- und Pflegebedarfe der älteren Uferwerk-Genoss*innen in den nächsten Jahren immer weiter zunehmen. Auch wies Wegner auf einige Herausforderungen hin, die es für Familien im Uferwerk gebe: so sei es sehr schwierig, mal als Familie „unter sich“ zu bleiben und man müsse sich intensiv mit den teils divergierenden Erziehungsstilen der anderen Familien

auseinandersetzen, weil man so eng zusammenlebe. Auch käme es durchaus zu Interessenskonflikten in der Gemeinschaft, z.B. bzgl. der Nutzung des Außengeländes – diese Konflikte gelte es dann möglichst unter Einbeziehung aller Stimmen im Gruppenprozess zu lösen.

Impulsvortrag: Familien in gemeinschaftlichen Wohnformen – Unterstützungsnetzwerke und „atmende Lebensräume“

Dr. Martina Heitkötter (Deutsches Jugendinstitut) präsentierte in ihrem Impulsvortrag ausgewählte Ergebnisse des zweijährigen Forschungsprojektes Familien in gemeinschaftlichen Wohnformen (FageWo), in dem das DJI in Kooperation mit Architekt*innen der Hochschule Karlsruhe Familien in gemeinschaftlichen Wohnprojekten in ganz Deutschland untersucht hat. Zunächst unterstrich Heitkötter die gesellschaftliche Relevanz des gemeinschaftlichen Wohnens, welches letztlich als Suche nach Antworten auf verschiedene gesamtgesellschaftliche Fragen unserer Zeit zu verstehen sei. Gemeinschaftliche Wohnprojekte reagierten auf gesellschaftliche Herausforderungen und könnten gleichzeitig innovative Lösungsansätze für den demografischen Wandel, ökologische Herausforderungen und Klimawandel, die Wohnungskrise und ungleiche Verteilung von Wohnraum und nicht zuletzt auch für die Care-Krise hervorbringen. Das interdisziplinäre Forschungsprojekt FageWo ist u.a. den Fragen nachgegangen, wie eine gegenseitige Unterstützung im Alltag in gemeinschaftlichen Wohnprojekten gelebt wird, inwiefern sozial- und wohnräumliche Bedarfe, die durch familiäre Lebensveränderungen entstehen, in gemeinschaftlichen Wohnprojekten befriedigt werden können, und welche spezifischen Anforderungen das Leben in Gemeinschaft für Familien birgt.

Gemeinschaftliche Wohnformen ließen netzwerkartige Strukturen der Unterstützung für Bewohner*innen entstehen, sei es praktischer, emotionaler, finanzieller oder informationeller Art, führte Heitkötter aus. So würden vor allem neue Ideen geteilt, verschiedenste Hilfeleistungen in der Bewältigung des Alltags gegeben oder auch Trost und Aufmunterung gespendet, sowohl innerhalb als auch zwischen den Generationen und Lebensformen. Familien geben an, dass Familie und Beruf in gemeinschaftlichen Wohnprojekten insgesamt leichter zu vereinbaren seien. Ebenso bietet das Umfeld ein besonderes Umfeld für das Aufwachsen von Kindern: sie erfahren unterschiedliche Lebensformen und Lebens-



modelle, bewegen sich meist in altersgemischten Gruppen und haben unterschiedliche erwachsene Bezugspersonen. Die Unterstützungsnetzwerke und sozialen Bezüge, die in gemeinschaftlichen Wohnformen entstehen, werden von vielen Bewohner*innen als erweiterter Familienkreis erlebt, auch wenn die Kleinfamilie nach wie vor meist zentraler Bezugsrahmen bleibt. Gemeinschaftlich genutzte Räume und Freiflächen erweiterten zudem den Wohnraum, den die Familie für sich zur Verfügung habe. Darüber hinaus entlasteten weitere Sharing-Angebote, wie Kleidertausch, Lebensmittelläden, Car-Sharing etc. Familien. Auch finanziell fühlen sich weniger Familien in gemeinschaftlichen Wohnformen von den Wohnkosten belastet, gleichzeitig haben sie aufgrund gemeinschaftlicher Eigentumsverhältnisse häufig eine sicherere Wohnperspektive. Zudem sind knapp ein Fünftel der Wohnungen in den Befragten Gemeinschaftsprojekten Sozialwohnungen und bieten auch unteren Einkommenschichten Zugang zu dieser Wohnform. Vielfach können gemeinschaftliche Wohnprojekte auf veränderte Familienverhältnisse flexibel reagieren, indem z.B. Wohnungen getauscht, Übergangslösungen gefunden oder maßgeschneiderte Wohnarrangements kreiert werden. Dadurch werden trotz Veränderungen kontinuierliche Wohnbiographien in den Projekten möglich, wenn gewünscht.

Heitkötter betonte, dass es neben diesen positiven Aspekten auch spezifische Herausforderungen gibt, denen Familien in gemeinschaftlichen Wohnformen ausgesetzt sind. Wohnen in Gemeinschaft erfordert ein gewisses Zeitempensum, um sich für die Gemeinschaft und das Projekt zu engagieren, dies kann zu Konflikten im Familienalltag oder/und Berufsalltag führen. Zudem können andauernde interne Konflikte innerhalb der Gemeinschaft die Familien belasten. Die teils unklare Abgrenzung zwischen Privatsphäre und Gemeinschaftssphäre kann ebenfalls Schwierigkeiten für das Familienleben bergen. Vielfach haben diese Projekte daher unterstützende Formen der Konfliktbegleitung und der Kompetenzschulung etabliert.

Heitkötter unterstrich, dass gemeinschaftliche Wohnformen neben dem direkten Mehrwert für die Bewohner*innen auch einen gesellschaftlichen Mehrwert hätten, indem sie Lernorte für Demokratie, solidarisches Handeln, Energiekonzepte etc. seien. Ebenfalls stärkten sie soziale Kohäsion. Familien brauchen die Qualitäten des Gemeinschaftlichen. In einer nachhaltigen Familienpolitik der Zukunft sollte daher der Dreiklang „Zeit, Geld, Infrastruktur“ durch Gemeinschaft ergänzt werden.

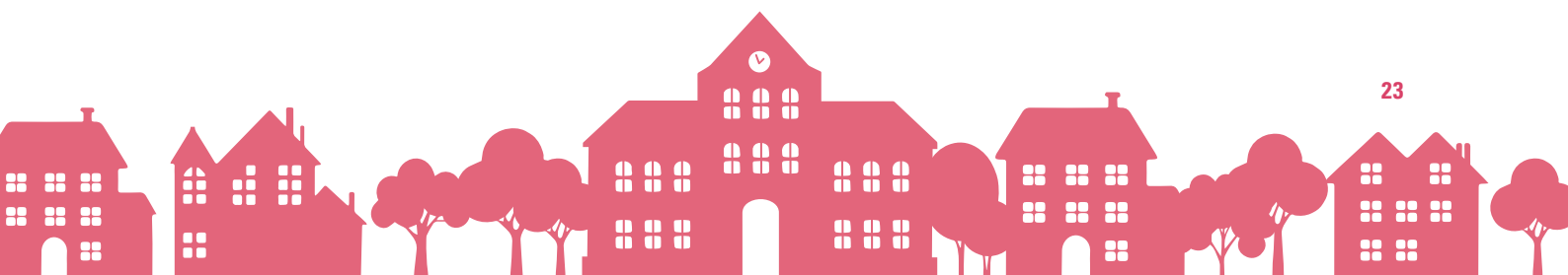
Im Gespräch mit Expert*innen: „Welche Rahmenbedingungen fördern gemeinschaftliches Wohnen für Familien?“

Den Abschluss des Fachforums bildete eine spannende Runde mit Expert*innen aus Verwaltung und Praxis, die aus ihren verschiedenen Perspektiven diskutierten, welche Rahmenbedingungen gemeinschaftliches Wohnen für Familien förderten.

Axel Burkhardt, Beauftragter für Wohnen und barrierefreies Bauen der Stadt Tübingen unterstrich, dass das gemeinschaftliche Wohnen für viele Familien eine attraktive Alternative zum konventionellen Wohnen darstelle, es jedoch zahlreiche Hürden für sie gebe. Zeitliche Ressourcen, die es brauche, um ein gemeinschaftliches Wohnprojekt zu gründen oder zu finden, seien bei Familien mit kleinen Kindern notorisch knapp. Gleichzeitig stünden, insbesondere in den Innenstädten, nicht genügend bezahlbare Gebäude oder Grundstücke für solch eine Nutzung zur Verfügung. Gemeinden wie Tübingen, die das gemeinschaftliche Wohnen von kommunaler Seite aus fördern wollten, könnten dies beispielsweise durch eine entsprechende Konzeptvergabe von Grundstücken, mit Beratung und Projektsteuerung bei der Gründung. Zudem könnte der rechtliche Rahmen vereinfacht werden, z.B. durch das Vorhalten einer kommunalen Dachgenossenschaft.

Gabriele Schmitz, Geschäftsführerin des Berliner Beirats für Familienfragen, berichtete von Dialogforen, die der Beirat 2017 mit Berliner Familien zu ihren Wünschen beim Thema Wohnen durchgeführt habe. Hier habe Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum für alle an erster Stelle gestanden, ebenso wie der verwandte Wunsch, nicht aus der gewohnten Umgebung verdrängt zu werden. Ebenso hätten Familien den Wunsch nach mehr gemeinnützigen Wohnungen geäußert, z.B. bei öffentlichen Wohnbaugesellschaften und Wohnungsgenossenschaften. Auch gebe es großes Interesse für größere Familienwohnungen, altersgerechten bzw. barrierefreien Wohnraum sowie Mehrgenerationenwohnprojekte. Für das Wohnumfeld wünschten sich die befragten Familien eine gute Durchmischung und nachbarschaftliches Miteinander ebenso wie eine gute ÖPNV-Anbindung und ein sicheres Radwegenetz.

Constanze Cremer, Geschäftsführerin der Stattbau Berlin, führte aus, dass die Stattbau unter anderem als Netzwerk-



agentur für das Land Berlin fungiere und in dieser Funktion gemeinschaftliche und generationsübergreifende Wohnprojekte berate, unterstütze, vernetze und vermittele. Sie unterstrich, dass für Familien die Bezahlbarkeit von Wohnraum oberste Priorität habe und es somit unverzichtbar sei, politisch wieder mehr auf die Gemeinwohlorientierung in der Wohnungswirtschaft zu setzen. Außerdem seien Mitgestaltungsmöglichkeiten wichtig, damit Familien ihre Bedarfe schon in frühen Phasen von Bauplanungen einbringen könnten. Neue bedarfsgerechte Typologien wie Cluster-Wohnungen oder gestapelte Einfamilienhäuser in der Innenstadt erwähnte Cremer ebenso wie die wichtige Rolle, die für Familien die Gemeinschaft im Wohnen einnehme. Dies treffe insbesondere auf Unterstützungsstrukturen, gute Nachbarschaft und gemeinschaftlich nutzbare Flächen und Räume zu.

Irene Mohr, regionale Ansprechperson der Stiftung trias für Berlin und Brandenburg, erläuterte, wie die Stiftung viele gemeinschaftliche bzw. genossenschaftliche Wohnprojekte finanziere und somit dazu beitrage, dass Grund und Boden Gemeingut würden bzw. blieben. Die Stiftung trias erwerbe und entziehe Grundstücke der Spekulation und führe sie mittels Erbbaurecht dauerhaft einer sozialen und ökologischen Nutzung zu. Damit ermögliche und sichere die Stiftung innovative Projekte des Wohnens und Arbeitens in der Stadt und auf dem Land. In den drei Handlungsfeldern Ökologie, Boden und Wohnen schaffe die Stiftung Freiräume.

Sabine Seitz, Referentin für Neue Wohnformen der GAG Immobilien AG aus Köln, stellte dar, wie die GAG als konventionelle Wohnungsbaugesellschaft das gemeinschaftliche Wohnen für sich entdeckt habe und zunehmend umsetze. So sagte sie, dass Grundrisse flexibler gestaltet werden müssten, um der Lebenslaufentwicklung von Familien gerecht zu werden. Ebenso würden immer häufiger Gemeinschaftsflächen beim Neubau mit geplant, sodass die Mietbelastung von Familien geringer sei und Räume und Freiflächen gemeinsam genutzt werden könnten. Die Zukunft des Wohnens liege in einer Vielfalt von Wohnformen in einem Quartier, um für eine gute Durchmischung zu sorgen.

► Zentrale Erkenntnisse des Fachforums

Gemeinschaftliches Wohnen und Familie zusammenzudenken, ist für die Familienpolitik sehr fruchtbar und liefert für das Thema Wohnen und Familie wichtige Erkenntnisse

Es gibt keine einheitliche Definition von gemeinschaftlichen Wohnformen. Vielmehr werden im allgemeinen Sprachgebrauch wie in der Fachliteratur unter diesem Begriff eine Bandbreite unterschiedlicher Wohn-, Bau und Trägerformen subsumiert. Die Erscheinungsformen sind mittlerweile sehr vielfältig – auch bezogen auf den Grad und den Typ von Gemeinschaftlichkeit, von einem relativ engen Miteinander aus Überzeugung bis zu loserer Formen aus Pragmatismus. Sie heben sich von üblichen, individualisierten Formen des Wohnens ab und zeichnen sich durch verschiedene Kriterien aus: ergänzend zu privatem Wohnraum stehen gemeinschaftlich genutzte Flächen und Räume zur Verfügung, es liegt eine bewusste Entscheidung für ein gemeinschaftliches Wohnen zugrunde, Selbstorganisation spielt in verschiedenen Abstufungen eine Rolle, ebenso wie gegenseitige Unterstützung und die (Mit-)Bestimmung der Bewohner*innen bei der Zusammensetzung der Gruppe.

Zwar ist die quantitative Verbreitung gemeinschaftlichen Wohnens noch eher gering, das Interesse und die Nachfrage danach jedoch vergleichsweise hoch und die Zahl der Projekte steigend. Obwohl gemeinschaftliches Wohnen (noch) eine Nische im Wohnungsmarkt darstellt, werden hier im Kleinen innovative Konzepte für Familien gelebt und erprobt, sei es auf der sozialen, wirtschaftlichen oder der räumlichen Ebene des Wohnens. Diese Konzepte beinhalten vielfach zukunftsweisende Ansätze, die auch Innovationspotential für eine nachhaltige und bezahlbare Wohnungspolitik für alle Familien bieten.



Gemeinschaftliches Wohnen bietet viele Vorteile und Ressourcen für Familien im gesamten Lebensverlauf, aber auch Herausforderungen

Wohnen in Gemeinschaft kann viel Mehrwert im Alltag für Familien bieten: Durch niedrigschwellige, familienergänzende Unterstützung in der Gemeinschaft können Familien deutlich in der Care-Arbeit entlastet werden. Räumliche Optionen vor Ort wie Co-Working-Spaces, Werkstätten, Gemeinschafts- und Gästezimmer können Familienwohnungen entlasten. Nicht selten wird in diesen Projekten Wohnen, Arbeiten und Infrastrukturangebote verknüpft. Dadurch wird eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf begünstigt oder teils, wie in ländlichen Räumen, ermöglicht. Gemeinschaftliches Wohnen bietet vielfältige formelle und informelle Bildungs- und Lernmöglichkeiten sowie ein erweitertes soziales Umfeld und anregungsreiche Aktionsräume für ein selbständiges Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Gemeinschaftliches Wohnen ermöglicht Familien oftmals langfristige, bezahlbare und spekulationsfreie Wohnsicherheit sowie viele Alltagsbegegnungen in der Gemeinschaft, die gegen Isolation und Vereinsamung in allen Lebensphasen wirken. Das gemeinschaftliche Wohnen stellt aber auch Herausforderungen an die Bewohner*innen in Form zeitlicher Ressourcen für Engagement oder Belastungen durch langandauernde Konflikte. Viele Projekte bieten den Bewohner*innen wiederum Unterstützung an beim Umgang mit Konflikten.

Gemeinschaftliche Wohnformen haben ein beachtliches Anpassungspotenzial an familienbiographische Umbrüche

Familienleben ist dynamisch, strukturelle Veränderungen wie Familienzunahme, der Auszug erwachsener Kinder, aber auch Trennung und Wiederverpartnerung sowie Verwitwung gehören zur Tagesordnung in Familienbiografien. Deshalb ist atmungsfähiges, flexibles und adaptives Wohnen wichtig.

Gemeinschaftliches Wohnen erleichtert solch eine Atmungs-fähigkeit oftmals: bei familiären Veränderungen wie Fami-

lienzunahme, Trennung, Tod, Auszug der Kinder, etc. können diese zum einen innerhalb der Gemeinschaft sozial abgefedert werden und zum anderen passende Wohnlösungen gefunden werden. So wird der Wohnraum optimal genutzt und die gewachsene soziale und räumliche Umgebung kann erhalten bleiben. Das Vorhandensein von „Joker-Räumen“, wie z.B. Gästezimmern bzw. -wohnungen, Clusterwohnungen, Gemeinschaftsräumen, Co-Working-Spaces, WG-fähigen Wohnungen etc. ist für solch eine Atmungs-fähigkeit besonders wichtig. Diese Anpassungen sind jedoch keine Selbstläufer, sie erfordern eine entsprechende soziale und organisatorische Basis, um in die Umsetzung zu finden. Inwieweit dies auch als Vorbild für konventionelle Wohnformen dienen kann, ist noch weiter zu prüfen.

Um auch bei Pflegebedürftigkeit ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu ermöglichen, sind Kooperationen der jeweiligen Gemeinschaft mit Pflegedienstleistern im Quartier wegweisend; Über die Abfederung einer Hilfebedürftigkeit im Alltag hinaus, sind Gemeinschaftsprojekte in der Regel überfordert, weitere Pflegeleistungen aus eigener Kraft für die Mitbewohner*innen zu leisten. Grundsätzlich erleichtert eine verstärkte und gute Kooperation von Akteuren der Pflege- und Wohnungswirtschaft zukünftig gute Lösungen für gemeinschaftliches Wohnen sowie auch für die Quartiere insgesamt.

Ressourcen, die im gemeinschaftlichen Wohnen von Familien entstehen, können auf das umliegende Quartier sowie die Gesamtgesellschaft übertragen werden

Im gemeinschaftlichen Wohnen entstehen Ressourcen: gemeinnütziger Wohnraum, informelle und formelle Unterstützungsstrukturen, Bildungsangebote, Sharing-Initiativen sowie Gemeinschaftsflächen und Begegnungsorte. Viele gemeinschaftliche Wohnprojekte öffnen sich für das umliegende Quartier bzw. die Region und können eine Brückenfunktion für die Umgebung einnehmen, wenn diese Ressourcen auch für andere Personen im Quartier zugänglich gemacht werden. Auch werden Selbstverwaltung und



Selbstorganisation sowie innovative Formen von Beteiligung, Kommunikation und Konfliktresolution gelebt, die den sozialen Zusammenhalt und die demokratische Kultur in diesen Projekten stärken und ins Quartier sowie die Gesellschaft hineinstrahlen können.

Die Rahmenbedingungen für den Zugang von Familien zu gemeinschaftlichem Wohnen müssen verbessert werden

Gemeinschaftliches Wohnen kann für viele Familien die Wohnungssituation erleichtern, jedoch gibt es nicht genügend Angebote und sehr unterschiedlichen Zugang. Die Suche bzw. der Aufbau von gemeinschaftlichem Wohnen ist derzeit sehr zeit- und ressourcenaufwändig, wobei insbesondere junge Familien häufig an Zeitmangel leiden. Es braucht somit deutliche Erleichterungen bei den Zugängen zu solchen Wohnformen:

- Der Zugang zu **geeigneten Grundstücken und Immobilien** für gemeinschaftliche Wohnprojekte sollte deutlich vereinfacht werden, damit diese Wohnformen überhaupt entstehen können.
- Eine Wiedereinführung der **Gemeinnützigkeit für Wohnungsunternehmen** („Neue Wohngemeinnützigkeit“) könnte sich positiv auf den Zugang zum gemeinschaftlichen Wohnen auswirken.
- **Beratungs- und Unterstützungsangebote** für Familien, die an gemeinschaftlichem Wohnen interessiert sind, sollten deutlich ausgebaut werden. Dies könnte durch Kommunen, Länder, Stiftungen oder Verbände geleistet werden.
- Durch einen vereinfachten Zugang zu **Finanzierungsmöglichkeiten** sowie eine Stärkung des ohnehin schon überdurchschnittlichen Anteils an gefördertem Wohnraum sollte gemeinschaftliches Wohnen auch für weniger solvente Familien erreichbar gemacht werden.

Insgesamt sollte ein Prozess angestoßen werden, in dem gemeinschaftliches Wohnen in seinen vielfältigen Ausprägungen von einer „Nische“ für einige wenige Familien zu einer Option für viele wird: Die Unterstützung eines Main-

streamings gemeinschaftlicher Wohnformen in Kooperation mit der Wohnungswirtschaft würde zu einer Entlastung und Verkürzung der Planungsphase sowie einer deutlichen Vergrößerung eines gemeinschaftlichen Wohnangebots („light“) führen. Beides könnte einer größeren Zahl von Familien zugutekommen.

Gemeinschaft ergänzt den Dreiklang Zeit – Geld – Infrastruktur als wichtige Ressource für Familien

Die erweiterten familienähnlichen Netzwerke, die im gemeinschaftlichen Wohnen entstehen können („Wahlverwandtschaft“), sind wertvolle Ressourcen für Familien sowie andere Lebensformen in allen Lebensphasen. Diese Ressource gilt es für mehr Familien zugänglich zu machen, indem in allen Wohnformen und im Wohnumfeld Gemeinschaft mitgedacht, durch Räume auch ermöglicht und strukturell gefördert wird.

In mehreren Sitzungen der aus Mitgliedern des Bundesforums Familie bestehenden Ad-Hoc-AG wurde das Fachforum konzipiert, vorbereitet und inhaltlich nachbereitet. Die oben skizzierten zentralen Erkenntnisse basieren auf den Diskussionen im Austausch mit geladenen Expert*innen im Fachforum.

In der Ad-Hoc-AG „Gemeinschaftliches Wohnen“ haben mitgewirkt:

- **Dr. Martina Heitkötter**, Deutsches Jugendinstitut
- **Christiane Sparr**, Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung Mecklenburg-Vorpommern
- **Anja Stiehler**, Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft
- **Birgit Uhlworm**, SHIA Bundesverband



Fazit: Quantität, Qualität, Quartiere – Was Familien in puncto Wohnraum und Umgebung brauchen

Wie leben Familien in Deutschland? Ob in der Groß- oder Kleinstadt, auf dem Land oder im Speckgürtel urbaner Zentren – der Wohnraum und das Wohnumfeld prägen ganz entscheidend mit, welche Chancen und Risiken Kinder, Jugendliche und ganze Familien im Lebensverlauf haben. Die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Wohnraum hat sich in den letzten Jahren zu einer der entscheidenden sozialen und politischen Fragen entwickelt, und Familien sind davon ganz besonders betroffen. Keinen (angemessenen) Wohnraum zu haben bzw. zu finden, kann für Familien schnell existentiell werden. Das Wohnumfeld mit den jeweiligen Infrastrukturangeboten vor Ort sowie nachbarschaftliche bzw. gemeinschaftliche Unterstützungsnetzwerke beeinflussen ebenso wie der private Wohnraum das Wohlergehen von Familien. Wie steht es im Wohnumfeld um Bildungsinstitutionen, Beratung, Freizeitangebote, Verkehr, Partizipationsmöglichkeiten und nicht zuletzt um gemeinwohlorientierte Projekte? Gute Strukturen vor Ort können Familien entlasten, fehlende oder defizitäre Strukturen jedoch zum Risiko für Kinder und Familien werden.

Diese Themen wurden im Bundesforum Familie in einem zweijährigen Prozess in Arbeitsgruppen und Fachforen diskutiert. Eine Redaktionsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der drei Ad-Hoc-AGs sowie des Beirats, fasst im Folgenden die wichtigsten, übergreifenden Schlussfolgerungen der Diskussionen der Themenperiode zusammen.

Familien brauchen Platz: Ausreichend Wohnraum für alle sichern

Wohnen ist ein Grundbedürfnis für ein Leben in Würde. Adäquater Wohnraum muss somit für alle Familien – insbesondere auch für jene mit niedrigen und mittleren Einkommen – in ausreichendem Maße verfügbar und zugänglich, also auch bezahlbar sein. Dies ist allerdings in immer mehr Städten und Regionen Deutschlands nicht mehr der Fall. Die Miet- und Kaufpreise von Immobilien steigen in den meisten Gegenden seit Jahren – und es scheint vorerst kein Ende in Sicht. Der erheblich angespannte Wohnungsmarkt führt auch dazu, dass besonders vulnerable Familien bei der Suche nach Wohnraum schnell abgehängt werden: Alleinerziehende,

kinderreiche Familien, Familien ohne regelmäßiges Einkommen oder überschuldete Familien haben auf dem Wohnungsmarkt oft wenig Chancen.

Um allen Familien den Zugang zu angemessenem Wohnraum in einem familiengerechten Wohnumfeld zu ermöglichen, muss das Angebot – vor allem in den Ballungsgebieten – ganz erheblich gesteigert werden.

Hierzu braucht es eine konsequentere Erschließung von Bauland, mehr Wohnungsneubau in Städten, die Beschleunigung von Baufertigstellungen und Genehmigungsverfahren sowie einen flächenmäßigen Ausbau bzw. Erhalt von Sozialwohnungen. Grundsätzlich ist es ein Problem, dass derzeit jedes Jahr deutlich mehr Wohnungen aus der Sozialbindung fallen, als je nachgebaut werden. „Bauen, bauen, bauen“ wird gerade vor dem Hintergrund der immer weiter steigenden Bau- und Bodenpreise nicht die alleinige Lösung sein – es muss auch der günstige Wohnraum im Bestand unbedingt erhalten bleiben. Mietsteigerungen und Spekulation mit Bauland und Wohnraum (oftmals mit Leerstand als Folge) sollten durch politische und administrative Maßnahmen entschieden entgegengewirkt werden.

Eine Stärkung und ein Ausbau der gemeinwohlorientierten und genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft sowie eine Bekämpfung der Marktmacht von Wohnkonzernen, die sich rein an kurzfristigen Renditezielen der Kapitaleigner*innen orientieren, sind daher wichtige Schritte für den Erhalt und Ausbau von angemessenem Wohnraum für alle Familien, einer sozial orientierten Wohnungspolitik wie auch einer gemeinwohlorientierten, integrierten und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Stadtentwicklung im Sinne der Leipzig-Charta. Die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit könnte hier beispielsweise ein grundlegender Baustein sein. Wohneigentum spielt ebenfalls für viele Familien eine große Rolle für die individuelle finanzielle Absicherung, nicht zuletzt für zukünftige Generationen. Auch hier gibt es Möglichkeiten, Familien zu unterstützen. Maßnahmen wie z. B. das Baukindergeld und die Senkung der Grunderwerbsteuer können dafür Mittel sein.

Zunehmend sind auch Familien von Wohnungslosigkeit betroffen. Dies sollte, vor allem, wenn minderjährige Kinder betroffen sind, mit allen Anstrengungen vermieden werden. Hier müssen Präventions- und Beratungsmaßnahmen sowie Unterstützungsketten dringend verstärkt werden, damit Familien ihre eigenen vier Wände und die damit einhergehende Stabilität und Sicherheit gar nicht erst verlieren.

Familiengerechtigkeit im Wohnen sichern: Auf die Qualität kommt es an!

Neben der quantitativen Erhöhung von adäquatem Wohnraum muss auch die Qualität des Wohnraums und des Wohnumfeldes für Familien neu bewertet und den veränderten Lebensrealitäten von Familien angepasst werden, um Familiengerechtigkeit im Wohnen entschieden zu sichern.

Im Neubau und in der Instandhaltung bzw. Neugestaltung von Bestand gibt es bereits verschiedene Ansätze, die Bedarfe von Familien im Wohnraum und Wohnumfeld zu integrieren, z.B. nutzungs offene Gemeinschaftsflächen bzw. -räume, flexible Grundrisse und Cluster-Wohnungen. Diese gilt es auszubauen bzw. in zukünftige Planungsprozesse zu integrieren. Auch Familien mit besonderen Bedarfen müssen hier stets mitgedacht werden, z.B. wenn aufgrund einer Behinderung barrierefreier Wohnraum notwendig ist oder für viele Kinder auch viele Zimmer benötigt werden.

Die Bedarfe an den Wohnraum verändern sich kontinuierlich über den Lebensverlauf: so brauchen Familien mit Kindern viel Platz, ältere Menschen oft wieder eher weniger Platz, der jedoch altersgerecht sein muss. Ein wichtiger Schritt könnte hier sein, Wohnungstausch zu vereinfachen, damit vorhandener Wohnraum passgenauer verteilt werden kann, als es aktuell der Fall ist. Gemeinschaftliche Wohnformen, zurzeit eher noch ein Nischenphänomen, haben viele positive Auswirkungen auf die Alltagsgestaltung und -bewältigung von Familien. Hier gilt es, wo möglich die Erkenntnisse auf den Mainstream zu übertragen und generell Orte der Begegnung in der Nachbarschaft und im Quartier zu schaffen, um niedrigschwellig Gemeinschaft zu fördern. Die Entstehung von Unterstützungsnetzwerken zwischen und innerhalb verschiedener Generationen und Lebensformen kann so gefördert werden, was eine wichtige ergänzende Ressource für Familien sein kann.

Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf: Bedarfsgerechte Quartiere für Familien im Rahmen gemeinwohlorientierter und partizipativer Stadtentwicklung ermöglichen

Bedarfsgerechtes Wohnen für Familien bedeutet neben geeigneten Wohnungen vor allem auch die ganzheitliche und gemeinwohlorientierte Entwicklung eines Wohnquartiers. Infrastrukturplanung sollte idealerweise die Bedarfe von Familien erheben und sich dann an ihnen ausrichten. Kinderbetreuung, Schulen und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sollten ebenso wie Beratungsangebote, ärztliche Versorgung und Geschäfte des täglichen Bedarfs gut erreichbar sein. Zudem sollte die Nahverkehrsinfrastruktur gut ausgebaut und barrierefrei gestaltet sein. Auch verkehrsberuhigte Nachbarschaften und Ausbildung lokaler Fußgänger- und Radwegenetze führen zu einer Steigerung der Attraktivität von Quartieren bzw. Kommunen für Familien.

Aktive Partizipation von Familien in der Entwicklung neuer Quartiere sowie der Weiterentwicklung bestehender Quartiere ist ein Grundpfeiler familiengerechten Wohnens. Agiert eine Kommune dabei integriert, also fachbereichsübergreifend, gelingt die bedarfsorientierte Entwicklung von Strukturen und Angeboten vor Ort: der sozialen Infrastruktur, dem Wohnumfeld aber auch Bildungs-, Gesundheits-, Freizeit- und Sportangebote sowie Mobilität und lokale Ökonomie. Die integrierte Kommunalentwicklung bildet eine Grundlage, Familie und Akteure in Stadtteilen, Quartieren oder Dörfern einzubinden und mit Angeboten der Gemeinwesenarbeit auch für die eigenen Belange zu aktivieren. Auch eröffnet eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung zwischen Kommunen, Unternehmen und Zivilgesellschaft mit mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten den Raum für kollektive Eigentumsmodelle. Dies wiederum kann ein Beitrag für den sozialen Zusammenhalt durch inklusive Räume und Treffpunkte sowie wichtiger Teil der Daseinsvorsorge sein.

Die funktionale, soziale und demographische Durchmischung von Quartieren kann wichtiger Bestandteil einer pluralen und starken Gesellschaft sein. Es erweitert Horizonte und bereichert, in Nachbarschaft von Menschen zu leben, die andere Lebensrealitäten haben. Dies sollte bei der Planung von Neubauarealen und bei Aus- und Umgestaltung von vorhandenen Quartieren immer mitgedacht werden. In diesem Sinne gilt es auch, die rassistische Diskriminierung von Familien auf dem Wohnungsmarkt unbedingt zu verhindern.



Mitgliedsorganisationen des Bundesforums Familie

- **A**ktion Mensch
- Arbeiter-Samariter-Bund | ASB
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband | AWO
- Arbeitsgemeinschaft für katholische Familienbildung | AKF
- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe | AGJ
- Arbeitskreis Neue Erziehung | ANE

- **B**ayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
- Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration, Amt für Familie, Freie und Hansestadt Hamburg
- Bertelsmann Stiftung
- BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen
- Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen | BAGE
- Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter
- Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen | BAG OKJE
- Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit
- Bundeselternnetzwerk der Migrantenorganisationen für Bildung und Teilhabe | bbt
- Bundeselternrat | BER
- Bundeselternvertretung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege | BEVKi
- Bundesforum Männer
- Bundeskonferenz für Erziehungsberatung | bke
- Bundesverband behinderter und chronisch kranker Eltern | bbe
- Bundesverband der Mütterzentren
- Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien | PFAD
- Bundesverband für Kindertagespflege
- Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen | bvkm
- Bundesverband russischsprachiger Eltern | BVRE
- Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder | BETA
- Bundesvereinigung Lebenshilfe
- Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat | BZI
- Bündnis 90/DIE GRÜNEN Bundestagsfraktion

- **C**DU-Bundesfachausschuss Gesellschaftlicher Zusammenhalt
- CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

- **D**achverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften
- dbb beamtenbund und tarifunion
- Der Paritätische – Gesamtverband
- Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung | DEAE
- Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft | dgh
- Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie | DGSF
- Deutsche Liga für das Kind
- Deutscher Betriebssportverband
- Deutscher Bundestag, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Deutscher Caritasverband
- Deutscher Familienverband | DFV
- Deutscher Frauenrat
- Deutscher Frauenring
- Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand | DGB
- Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband | DKSB
- Deutscher Landkreistag
- Deutscher Olympischer Sportbund | DOSB
- Deutscher Städtetag
- Deutscher Städte- und Gemeindebund | DStGB
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
- Deutscher Verkehrssicherheitsrat | DVR
- Deutscher Wanderverband
- Deutsches Jugendinstitut | DJI
- Deutsches Kinderhilfswerk
- Deutsches Rotes Kreuz – Generalsekretariat | DRK
- Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband

- **E**vangelische arbeitsgemeinschaft familie | eaf
- Evangelische Hochschule Berlin
- Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung | EKFuL

- **F**amilienbund der Katholiken | FDK
- Föderation türkischer Elternvereine in Deutschland | FÖTED
- Fokolar-Bewegung

- **G**emeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands | GKMD
- Gesellschaft für Geburtsvorbereitung – Familienbildung und Frauengesundheit – Bundesverband | GfG
- Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur | GMK
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hauptvorstand | GEW

- **H**aushalt in Bildung und Forschung
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
- Humanistischer Verband Deutschlands, Bundesverband
- **I**MPULS Deutschland Stiftung
- Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie | IG BCE
- Industriegewerkschaft Metall | IG Metall
- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung an der Universität Hannover
- Institut für Familien- und Sozialforschung, Theologische Hochschule Friedensau
- Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis | JFF
- Integrierte Mediation
- Internationaler Sozialdienst | ISD (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge)
- Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland
- **K**arl Kübel Stiftung für Kind und Familie
- Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands | KAB
- Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Einrichtungen der Familienbildung
- Katholische Elternschaft Deutschlands | KED
- Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands Bundesverband | kfd
- Katholischer Siedlungsdienst | KSD
- **L**esben- und Schwulenverband in Deutschland | LSVD
- **M**ännerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland
- Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Jugend und Familie
- Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
- Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration des Landes Rheinland-Pfalz
- **N**iedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
- **P**aritätisches Bildungswerk Bundesverband
- Pestalozzi Fröbel Verband | pfv
- Prager-Eltern-Kind-Programm | PEKiP
- pro familia Bundesverband
- **S**ächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- SHIA Bundesverband
- Sichtwechsel e.V. – für gewaltfreie Medien
- Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein | SkF
- SPD-Bundestagsfraktion
- spiel gut – Arbeitsausschuss Kinderspiel und Spielzeug
- Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg | ifb
- Staatsinstitut für Frühpädagogik | IFP
- Stiftung Lesen
- Systemische Gesellschaft, Deutscher Verband für systemische Forschung, Therapie, Supervision und Beratung
- **T**hüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
- **V**erband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband | VAMV
- Verband Bildung und Erziehung | VBE
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften | iaf
- Verband deutscher Realschullehrer | VDR
- Verband Familienarbeit
- Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder – Bundesverband | KTK
- Verband kinderreicher Familien Deutschland | KRFD
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesverwaltung ver.di
- Verein zur Förderung von Beziehungskompetenz
- **Z**entralrat der Muslime in Deutschland | ZMD
- Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland | ZWST
- Zukunftsforum Familie | ZFF

Impressum

Herausgeber

Bundesforum Familie
Ein Projekt der Arbeitsgemeinschaft
der deutschen Familienorganisationen e.V.
Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14
10785 Berlin
Tel.: 030 2902825-70
info@bundesforum-familie.de
www.bundesforum-familie.de
Dezember 2021

Redaktion

Dr. Laura Block
Annkristin Eicke

Lektorat

Elena Gußmann

Gestaltung

Diana Fischer

Druck

WIRmachenDRUCK GmbH





Bundesforum Familie
c/o AGF
Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14
10785 Berlin
Tel: 030 2902825-70
Fax: 030 2902825-89
info@bundesforum-familie.de
www.bundesforum-familie.de

Das Bundesforum Familie ist ein Projekt der

AGF  Arbeitsgemeinschaft
der deutschen
Familienorganisationen e.V.

Das Bundesforum Familie wird gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend